

Nr. 212

erscheint monatlich

1. August 2011

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

"Unwissenheit ist Unfreiheit. Wissen ist die Chance zur Freiheit. Deshalb verstehen wir Bildung als Grundrecht, nicht als abgeleitete Größe ökonomischer Zwänge." (Franz Müntefering zum Roten Füchsle)

# CDU beerdigt Hauptschule

Bundesvorstand beschließt einstimmig neues Bildungskonzept

### CDU beschließt das Aus für die Hauptschule

Bildungsministerin Schavan rechtfertigt "Konzentration auf Oberschule und Gymnasium"

So stand es am 28. Juni in beiden Ehinger Lokalausgaben (oben: Südwest-Presse/Ehinger Tagblatt; darunter: Schwäb. Zeitung) — Doch wie hatte die CDU eben noch zur baden-württembergischen Landtagswahl im März plakatiert? Siehe li. unten:



Dieses CDU-Plakat hängt in Laupheim übrigens bis heute rum! (Juli!)

# Lernen erlaubt

Ludwig Dorner

Gewiss darf man immer und überall etwas dazulernen. Und wenn sich die CDU in Sachen "Dreigliedrigkeit" des Schulsystems so rasant bewegt, dann ist das alle-

### Was gibt's diesmal?

- 2 Kontakte
- 4 Liebe Leser/-innen! Wir gratulieren | Impressum|
- 5 SPD-Berichte aus Berlin
- 6 "Jeden Käfer zählen"
- 7 Der Kunde ist der Depp
- 8 Nachruf auf Alt-OB W. Henger Zur Entscheidung über PID
- 9 Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments
- 10 "Gymn." nicht gleich "Gymn."
- 11 Allein ein ... vereintes Europa Ärgernis Marktstraße
- 12 Damals im August
- 14 Vierfest' manchmals sind es sogar 5
- 16 Es stand vor 10 Jahren ... (A)bgestimmt wie?
- 18 Protokoll Dienstagtreff
- 19 Juso-Landesdelegiertenkonferenz
- 20 13.8.1961 (Mauerbau)
- 24 Mein Stress mit dem Stresstest
- 25 Kultusministerin: neuer Politikstil
- 26 Tag d. Off. Tür beim Landratsamt
- 27 Hilde Mattheis zur Sommerpause
- 28 Termine, Hinweise, Sonstiges

 $\rightarrow \rightarrow \rightarrow$ 

Adress-Aufkleber



#### ■■■ Fortsetzung von Seite 1

mal unserer Aufmerksamkeit wert. Freilich bleiben Fragen offen:

- Wie will die CDU ihren bildungspolitischen Fallrückzieher (von jetzt auf nachher) ihren eigenen Wählern erklären? (Zum Glück ist das nicht unser Problem.)
- Wie will die CDU erklären, dass die Hauptschule jetzt plötzlich nicht mehr "schützenswert" sei (s. Wahlplakat!)? Welch ungeheure Sinneswandel! Erst bei der Atomund jetzt bei der Schulpolitik.

Freilich, auch wenn die CDU mit ihrem Vorhaben noch so große Schlagzeilen macht — beschlossen ist damit gar nichts! Gleichwohl wäre ein Sinneswandel zum Guten allemal begrüßenswert. Nur — ist es das auch tatsächlich?

Erst muss im Spätherbst der CDU-Bundesparteitag zustimmen, was nicht allen Delegierten gleich leicht fallen dürfte. Jahrzehnte beinharter Dreiklassen-CDU-Schulpolitik sollen damit schließlich über den Haufen geworfen werden.

Doch selbst wenn es die Bundes-CDU so beschlösse — was

wäre erreicht? Immer noch gar nichts! Denn die Organisation des Schulwesens ist bekanntlich in Deutschland Ländersache, und da hat keineswegs überall die CDU die absolute Mehrheit, dass sie so etwas aus Eigenem mal eben ändern könnte — mögliche Parteitagsbeschlüsse hin oder her.

### Wäre die Abschaffung der Hauptschule, wenn sie denn bundesweit <u>vollends</u> käme, tatsächlich ein Fortschritt?

"Die Hauptschule ... existiert noch <u>in sechs Bundesländern</u> als eigenständige Schulform." (http://de.wikipedia.org/ wiki/Hauptschule)

Das heißt, in 10 von 16 deutschen Bundesländern gibt es schon gar keine Hauptschulen mehr, wie sie die CDU eben noch vor der Ba-Wü-Landtagswahl so vehement schützen wollte und jetzt trotzdem abschaffen will. Die CDU springt mit ihrem plötzlichen Umschwung auf einen Zug auf, der auch ohne sie längst abgefahren ist: "Willkommen im Club!"

Die "neue" Schulform soll nach

CDU-Willen "Oberschule" heißen. Darüber kann man diskutieren. Als ich selbst noch Schüler war, besuchte ich auch die Oberschule. Nur verstand man damals das Gymnasium darunter. In der DDR hingegen hieß die Schule — für alle nach der Grundschule — "Polytechnische Oberschule". Hat sich die CDU bei der Namenssuche etwa an der Ex-DDR orientiert? Das wär' grad noch eine weitere Art kleines Wunder ...

Geht es nach dem Plan der CDU (muss es aber ja nicht!), dann wird die heilige Kuh der "bewährten" Dreigliedrigkeit in eine solche der Zweigliedrigkeit umgewandelt. Und vieles von dem, was in der Titelgeschichte des Juli-Füchsles beschrieben steht, würde sich nicht im geringsten ändern. Nach wie vor würden die Kinder im zarten Alter von 10 einsortiert: Die "besonders Guten" ins Töpfchen, die anderen in die "Oberschule". Neuer Begriff, gleiche Problematik! Und alle Eltern, die eben noch glaubten, ihr Kind vor dem "Ungeheuer Hauptschule" retten zu müssen, sehen sich vom



Die kleinen Flaggen/Wappen auf Seite 1 neben dem EU-Sternenkranz (von links): Deutschland, Baden-Württemberg, Alb-Donau-Kreis, Ehingen/Donau — Griesingen, Öpfingen

#### Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende Klärle Dorner, Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de; stv. Vors. Kerstin Hoffmann, Riedlingen, 0 73 71 - 9 34 70 54; Fraktionsvorsitzender (Gemeinderat Ehingen) Georg Mangold, Fon 07391-5 39 05,

Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende Heidi Ankner:

ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalzentrum Poststraße7, 88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de -Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587 57 87 Büroleiterin Bruni Oehrke; Bruni.Oehrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47 80) - ulrich.moehrle@spd.de

Bürgerbüro Martin Rivoir MdL, Betreuungs-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis; Söflinger Straße 145, 89077 Ulm, Fon 0731/3989700, Fax 0731/3989701; Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de; Mitarbeiterin Susanne Nödinger

Abgeordnetenbüro Hilde Mattheis MdB, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon 0 30 - 22 77 51 42, Fax 0 30 - 22 77 67 13, hilde.mattheis@bundestag.de; Kerstin Krell, Karl Piberhofer, Bettina Schulze (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB, Söflinger Straße 145; 89077 Ulm, Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21, hilde.mattheis@wk.bundestag.de; Matthias Genchi - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete

Evelyne Gebhardt MdEP; Keltergasse 47,
74653 Künzelsau: 0 79 40 - 5 91 22;
EGebhardt.MdEP@T-Online.de;
www.evelyne-gebhardt.eu

■

### ■■■ Fortsetzung von Seite 2

Regen in die Traufe gekommen. Und wie sie bisher teils mit dem Mut der Verzweiflung versucht haben, ihr Kind auf Teufel komm raus an die Realschule zu bringen, so werden sie jetzt nichts unterlassen, den Weg ins Gymnasium zu erzwingen. Und selbst wenn manche ihrer Kinder auch grad hauptsächlich Dreier und Vierer im Zeugnis stehen haben ...

Das lässt — wenn's nach der CDU geht — auch künftig nichts Gutes erwarten. Das heißt also, ob wie bisher Dreioder künftig vielleicht Zweigliedrigkeit: am Aussortieren der Zehnjährigen ändert sich gar nichts. Und damit ändert sich auch künftig nichts am Gefühl des Ausgesondertseins, des Ausgestoßen-werdens, des als-Mensch- weniger-wert-Seins, der Mutlosigkeit und an den Selbstzweifeln, natürlich verbunden mit Leis- tungsabfall. Ein großer Teil der Aufgaben einer künftigen "Oberschule" wäre es dann, die Verzweifelten und Mutlosen in der fünften und sechsten Klasse wieder einigermaßen soweit aufzupäppeln, wo sie am Ende

von Klasse vier eigentlich schon mal waren. Diese Aufgabe obliegt bisher der Hauptbzw. Werkrealschule.

### Es ist so — ich weiß es aus eigener Erfahrung!

Die gleichen Kinder, die vieles an Kulturtechniken in der Grundschule beherrschten, "vergessen" es in der Hauptoder Werkrealschule erst mal wieder. Das ist nebst allem anderen auch eine ungeheure Verschwendung von "Volkswissen" und "Volkskönnen" und auch daher unnötig wie ein Kropf — und sehr teuer.

Wie es im letzten Roten Füchsle deutlich beschrieben stand: Die Bevölkerungsschicht derer am Gymnasium bei der Schulreform à la CDU bleibt weiterhin unter sich. Sollen sich doch die anderen "da unten" noch so abzappeln — was schert es "die da oben"? Das klingt hart oder gar klassenkämpferisch, aber so ist leider die Sichtweise konservativer und konservativ-liberaler Schulpolitik einzustufen.

Zuletzt bleibt also die Frage: Tut die CDU jetzt plötzlich, als ob sie sich bewegte, und will sie doch in Wirklichkeit mit diesem Trick die Mehrklassengesellschaft nur weiterhin betonhart erhalten? Die Ehinger Südwestpresse: es ginge um Reformen "unterhalb des Gymnasiums" (14. Juli 2011).

Genau dies steht lebhaftestens zu befürchten. Seien wir sehr wachsam und lassen uns von einer Frau Bundesministerin Schavan nicht einlullen. Von ihr schon gleich gar nicht, denn als sie noch baden-württembergische Kultusministerin war, hat sie kategorisch noch jedes kleinste Reförmchen blockiert. Wir sollten das nicht vergessen, wenn sie uns jetzt die angeblich neue Schulpolitik der CDU verkündet.

Auch die eigenen Leute (CDU) in Baden-Württemberg scheinen ihrer Bundespartei in deren neuer Schulpolitik nicht folgen zu wollen. So lasen wir es am 4. Juli 2011 in der Tagespresse. Freilich: Sie wollen dafür lieber bei ihrer bisherigen Dreiklassenpolitik bleiben. Und das ist natürlich leider auch um kein Haar besser.

Siehe auch Seiten 10 und 25! ■



Augenblick Ausblick Weitblick

über Ehingen hinweg bis zum Bussen, dem "heiligen Berg" Oberschwabens

Vielleicht ergeben sich daraus dann auch gelegentlich Lichtund Durchblicke ...

Foto: LD





### Ziebe Leserinnen und Leser!

### **Die Redaktion macht mal Urlaub**

Daher erscheint 's nächste Rote Füchsle erst Anfang Oktober und wird als Doppelausgabe Sept/Okt. geführt.

Zugleich lasse ich die Leserschaft hiermit wissen, dass die letzte Ausgabe des Roten Füchsles unter meiner Verantwortung voraussichtlich spätestens zur Jahreshauptversammlung 2013 erscheinen wird.

Falls sich Nachfolger/innen finden, die sich einarbeiten und das bis dahin 20jährige Traditiönle fortführen wollen, bin ich selbstverständlich gerne zu Beratung und Unterstützung bereit. Schließlich ist 's Rote Füchsle längst auch ein Stück Lebenswerk von mir geworden.

Ich kann mir aber auch andererseits gut vorstellen, dass die modernen Medien des Computerzeitalters noch mehr als schon bisher Raum greifen. "Soziale Netzwerke" (die nicht in unserem Sinne "sozial" sind, sondern insoweit nur eine dämliche Übersetzung aus dem Amerikanischen darstellen), werden noch

mehr als bisher der Kommunikation, der Information und der Diskussion dienen. Sie haben ja heute schon Printmedien in großem Umfang abgelöst. Selbst E-Mails seien nur noch was für Grufties, liest man gelegentlich.

"Social" heißt in der englischen Sprache in erster Linie "gesellig" und "gesellschaftlich". Damit bedeutet es auch, was bei uns unter Sozialversicherung, sozialer Sicherheit u.ä. verstanden wird.

Die Bedeutung von "sozial" im Sinne von "auf das Wohl der Allgemeinheit bedacht; gemeinnützig, menschlich, wohltätig, hilfsbereit" (DUDEN) ist im "social network" jedoch nicht enthalten, wohl aber im Namen der SPD.

Ich wünsche, ggf. auch nachträglich, eine schöne Sommer- und Urlaubszeit, wo und wie auch immer sie verbracht wird — mit viel Sonne, zumindestens im Herzen.

Bis Ende September/Anfang Oktober, Ausgabe 213.

Ludwij Dom

### "Rund" oder "höher": Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag "rund" = durch 5 teilbar, "höher" = ab 70 Jahre Mitgliedschafts-Jubiläen: "rund" = durch 5 teilbar, "höher" = ab 30 Jahre



Geburtstage				Mitgliedschafts-Jubiläen	
geboren am wird			wird	Eintrittsjahr	Jahre
21.	8.	Rolf Allgaier	80	_	
11.	8.	Walter Kraus	75	_	

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen.

Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet — natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: 's Rote Füchsle wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. Gewählte Redaktionsmitglieder: Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchsle, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechsle@t-online.de \* Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen - Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■





Hilde Mattheis MdB informiert. Die Auswahl besorgte die Redaktion.

### Bahnhöfe müssen barrierefrei werden

Die Deutsche Bahn plant 2012 im Bahnhof Erbach Aufzüge einzubauen, um einen stufenfreien Zugang zum Bahnsteig zu ermöglichen. Dazu erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

Der Bahnhof in Erbach soll nun endlich barrierefrei werden. Das begrüße ich sehr. Die Bahn hat auf Nachfrage bestätigt, dass noch 2012 ein Aufzug gebaut werden soll, um einen stufenfreien Zugang zum Bahnsteig zu ermöglichen.

Doch bei anderen Bahnhöfen in der Region sind noch immer keine entsprechenden Maßnahmen geplant. Auch die Bahnhöfe in Allmendingen, Beimerstetten, Blaubeuren und Schelklingen müssen endlich ohne Stufen zugänglich sein.

Die Möglichkeit zu reisen muss allen Menschen unabhängig von ihrer Lebenslage offenstehen - ob älteren Menschen, jungen Müttern mit Kinderwägen, Menschen mit Handicap oder Reisenden mit schwerem Gepäck oder Fahrrädern. Eine umfassende

Barrierefreiheit ist eine zentrale Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention, die seit März 2009 geltendes Recht ist.

Christian Berg Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Büro Hilde Mattheis, MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: (030) 227-75142 Fax.: (030) 227-76713

E-Mail: hilde.mattheis.ma02

@bundestag.de

http://www.hilde-mattheis.de

Bundestagsfraktionen zeigen Krankenkassen die gelbe Karte:

### Mehr Transparenz für **Mutter-/Vater-Kind-Kuren**

Die Bundestagsfraktionen haben in einem Entschließungsantrag geschlossen mehr Transparenz bei der Bewilligung von Mutter-/Vater-Kind-Kuren von den Krankenkassen gefordert. Dazu erklärt die Ulmer Abgeordnete und Gesundheitspolitikerin Hilde Mattheis:

Seit 2007 haben gesetzlich Krankenversicherte einen Anspruch auf eine Mutter-/Vater-Kind-Kur, wenn diese medizinisch erforderlich ist. Doch zu oft kommen die Krankenkassen ihrer Pflicht nicht nach, wie jetzt der Bundesrechnungshof herausgefunden hat. Deshalb brauchen wir mehr Transparenz und nachvollziehbare Entscheidungen bei den Krankenkassen.

In den Jahren 2009 und 2010 sind die Ausgaben deutlich gesunken - trotz der hohen Bedeutung solcher Kuren, die die Gesundheit von Kindern und Eltern im Fokus haben. Die Krankenkassen lehnen einen von vier Anträgen ab. Die Gründe dafür sind willkürlich und haarsträubend: Manche Gutachter empfinden den Schichtdienst eines Elternteils als Belastung für die Familie, andere halten dies für eine Unterstützung, weil dadurch ja mehr Zeit für Freizeit sei.

Die Krankenkassen behandeln ihre Mitglieder völlig unterschiedlich, von Gleichbehandlung sind wir weit entfernt. Bei Eltern oder Kindern zu sparen ist das falsche Zeichen. Deshalb haben wir im Gesundheitsausschuss gehandelt. Die Krankenkassen müssen bis Ende 2011 neue und transparente Kriterien festlegen, die über eine Mutter-/Vater-Kind-Kur entscheiden und dem Bundestag darüber berichten. Das Antragsverfahren soll einfacher werden, außerdem fordern wir eine bessere Beratung.

Wer von der Ablehnung eines Antrags auf Kur betroffen ist, soll sich bitte in meinem Ulmer Wahlkreisbüro melden. Ich stehe allen Betroffenen gerne zur Seite, wenn es darum geht, die erforderlichen Leistungen bei den Krankenkassen einzufordern.



Naturschutz und Verkehrsplanung

## "Jeden Käfer zählen"





"Wenn wir jetzt noch jeden Käfer zählen, dauert das Verfahren noch Jahre." So stand es am 25. Juni 2011 hervorgehoben in der Ehinger Schwäbischen Zeitung. Und weiter schreibt das Blatt dazu: "Der Landtagsabgeordnete Karl Traub (CDU) fürchtet, dass aus der lange versprochenen Borst-Kreuzung erst einmal nichts wird."

as hat er aber schön gesagt, der Herr Traub. Wer wird ihm da schon widersprechen wollen, wenn es ums reine Käferzählen geht. Nur, sehen wir nochmals hin: "...aus der lange versprochenen Borst-Kreuzung ...". Wer bitte hätte denn die letzten 58 Jahre Zeit gehabt, den Ausbau nicht nur zu versprechen, sondern vielleicht sogar durchzuführen? Warum hat man da so wenig unternommen? Ist es vielleicht einfacher und publikumswirksam für die eigenen Reihen, alle selbstgemachten Versäumnisse auf die neue Landesregierung zu schieben?

Tind jetzt noch zum "Käferzählen". Mit solchen Vergleichen macht man in konservativen Kreisen seit jeher jede Art von Achtung vor der Natur madig und lächerlich. "Umweltschützer" und "Naturschützer" war und ist ist bei vielen "Schwarzen" ein böses Schimpfwort, nicht viel anders wie früher "Menschenfresser", "Kommunisten", "Studenten" oder "Terroristen".

Straßen, Brücken und so weiter alle möglichen Belange nach Recht und Gesetz berücksichtigt werden müssen, weiß Herr Traub natürlich auch: Gewässerschutz, Grundstücksbesitzverhältnisse, Bodenbeschaffenheit, Verkehrsaufkommen und vieles andere mehr. Und eben auch der Naturschutz ist eines von den Dingen, die es zu beachten gilt — kraft Gesetzes.

as hindert Herrn Traub jetzt aber nicht, mit einem boshaft gemeinten Vergleich der neuen Regierung die Schuld anzulasten, was die seinige in Jahrzehnten nicht hinbekam. Und da Umweltschutz ("Käfer zählen") in CDU-Kreisen eben weithin noch ein Unwort ist, glaubt man dann, alle derartigen Bemühungen dem Spott preiszugeben und kaputtreden zu dürfen oder zu müssen.

er Herr Abgeordnete Karl Traub hat selbst lange eine Landwirtschaft umgetrieben. Gehörte sorgsamer Umgang mit der Natur etwa nicht zu seinen Gewohnheiten? Hat er etwa auf Teufel komm raus gespritzt, die Gewässer geschädigt und überdüngt und dazu beigetragen, dass die Brühe ins Grundwasser lief? Hat er vielleicht jedes "unnütze" Blümle im Acker ausgerottet und jeden Baum und Strauch am Feldrand rausgerissen, weil er "nur störte"?

ar ihm Monokultur womöglich lieber als Artenvielfalt? Hat er sich vielleicht auch für Genmanipulation eingesetzt? Hat er etwa Kühe (auch noch angekettet) und Schweine in enge dunkle Ställe gesperrt und sich keinen Deut um ihr artgerechtes Wohlergehen gekümmert?

Dies alles wollen wir Herrn Traub keineswegs unterstellen. Nur dann aber könnten ihm besagte Käfer tatsächlich egal sein. Die Borst-Kreuzung war's ihm allerdings früher wohl eher schon, denn dazu äußert er sich so lautstark ja erst in allerjüngster Zeit.

Tachbemerkung: Gleichgültig, was man an der Borst-Kreuzung theoretisch irgendwann bauen könnte (Ampelkreuzung, kreuzungsfreie Auffahrtsrampen oder einen Kreisverkehr), eines scheint mir ziemlich sicher: eine Ampelregelung ist da wohl weniger geeignet, Auffahrtsrampen wie beim Ehinger Friedhof und künftig an der Fischerkreuzung sind aufwändig, teuer und brauchen viel Platz. Bleibt vermutlich als die beste Lösung ein "einfacher" Kreisverkehr. So etwas aber war, man muss es immer wieder sagen, in vielen hiesigen CDU-Gehirnen per "Basta - gibt's nicht!" sehr lange sehr undenkbar. Vielleicht ist ja auch deswegen bisher nichts geschehen, und Herr Traub ruft daher jetzt gar so laut "Haltet den Dieb!", nur um davon abzulenken. Denkbar also, dass es gar nicht so sehr am Käferzählen liegt.









## Der Kunde ist der Depp

Die Kundin will mit der Bahn von hier ins Emsland reisen, nach Papenburg, also in die Nachbarschaft von Ostfriesland und dahin, wo die ganz großen Kreuzfahrtschiffe gebaut und dann die Ems runter zum Meer gebracht werden. Es ist eine lange Reise, und so hat sich die Kundin den Luxus einer Fahrkarte erster Klasse geleistet.

Die Kundin hat Glück. Sie muss nur einmal auf der ganzen langen Reise umsteigen, in Stuttgart.

In Laupheim West, wo sie den Zug besteigt, werden die Gleisanlagen gerade umgebaut: Fußgängerunterführung, neue Bahnsteige ... fast eine Großbaustelle. Es funktioniert keine elektronische Anzeigetafel und es gibt zur Zeit auch keine Lautsprecherdurchsage.

Ob da nicht was Provisorisches machbar sein müsste? Der volle Preis wird einem ja auch trotzdem abverlangt ...

Plötzlich sind nämlich die Züge da, wenn sie pünktlich sind, und sonst kann man warten, keine Ahnung, wie lange. (Wenn man wie in gerade diesen Tagen wieder mehrfach liest, dass Züge Pannen haben und die Reisenden teils mehrere unfassbare Stunden drin "gefangen" sind, bis endlich Ersatz kommt ...)

Der Zug war erfreulicherweise pünktlich. Aber wo bitte ist das Abteil erster Klasse? Im ausgedruckten Fahrplan, der die Zugverbindungen, Anschlüsse und Bahnsteige aufführte, war nichts davon zu lesen. Bahnerfahrene wissen, dass das Abteil erster Klasse bei Nahverkehrs- und Regionalexpresszügen bei der Lok ist. Nur, wo ist die Lok? Heutige Zug-Zugmaschinen ziehen oder schieben ihren Zug. Also ist in Laupheim West die erste Klasse mal noch halb in Biberach, mal halb schon in Erbach - naja, scherzhaft. Aber bei einer Minute Aufenthalt und einem himmellangen Zug kann man nicht mit dem Koffer den Bahnsteig entlang rennen und nach der Ziffer "1" Ausschau halten - ganz hinten oder eben ganz vorn oder doch umgekehrt. Also rein in die nächste Tür des nächsten Waggons. Dort stand zufällig der Schaffner (Zugbegleiter, Zugchef, Fahrkartenkontrolleur ...) und wusste, die erste Klasse sei heute "ganz hinten oben". Das hieß für die Kundin in diesem Falle einmal längs durch den Zug stolpern, was beim Auf und Ab in Doppelstockwagen und mit einem Koffer und Handgepäck wohl kaum wirklich zumutbar gewesen sein dürfte.

Übrigens, einen Wagenstandsanzeiger, auf dem man ersehen kann, wo welcher Waggon im Zug eingestellt ist, gibt's auf kleinen Bahnhöfen wie Laupheim nicht, auch wenn gerade keine Baustelle ist.

Dass der Kunde beim Einstieg an solchen Kleinhaltestellen Ermäßigung erhielte, davon ist indessen nichts bekannt. Immerhin bezahlt er ja hier für eine Leistung, die er praktisch gar nicht nutzen kann.

Die Bahn muss noch kräftig dazulernen! (Ludwig Dorner) ■

# Restaurant-Cafe Tagesangebot vom 27.6.2011 bis 2.7.2011

Mi. Moskauer Pfänchen mit Spätzle und Broccoli 4.95

Wir haben's weit gebracht! In Moskau essen sie jetzt angeblich auch typischerweise Spätzle zum Broccoli. Nur mit der Schreibung von "Pfän(n)chen" hapert's noch. Aber mit der weiteren Verbreitung schwäbischer Esskultur ("einmal Russland und zurück") gibt sich das bestimmt auch bald. (Aus dem Prospekt einer hiesigen Nicht-nur-Drogeriemarkt-Firma).

SPD



### Nachruf auf Alt-Oberbürgermeister Wilfried Henger

Über das Lebenswerk von Wilfried Henger ist schon viel geschrieben worden. Ich möchte versuchen, von meiner ganz persönlichen Warte einen kurzen Rückblick zu wagen. Sechs Jahre, von 1980-1986 (Jahr der Pensionierung), war ich Gemeinderat unter OB-Henger.

Zwei Dinge haben ich schon damals als junger, noch unerfahrener Kommunalpolitiker an Bürgermeister und später Oberbürgermeister Henger sehr bewundert:

Zuerst sein beharrliches und unermüdliches Arbeiten an der "Großen Kreisstadt". Es war eine gigantische Arbeit, so viele Gemeinden (viele heutige Teilorte) zu überzeugen, dass der Status einer Großen Kreisstadt allen Beteiligten viele Vorteile bringen wird. Dadurch konnte auch der Verlust der "Kreis"-stadt Ehingen und das Untergehen des früheren Kreises Ehingen ein bisschen besser verarbeitet und verkraftet werden. An diesem Ziel haben sicher viele mitgearbeitet, aber BM Wilfried Henger hatte sicher einen sehr großen Anteil am Gelingen. Da war ihm sein Aufstieg zum OB gut zu gönnen.

Das zweite ist die Ansiedlung der Firma Liebherr. Es gibt verschiedene, aber immer ähnliche Geschichten, wie das mit der Ansiedlung vom "Liebherr" gelaufen ist. Nur eins ist immer klar: Ohne OB Henger hätte es sicher nicht geklappt. Hier waren sein Weitblick, seine "Unverfrorenheit", sein Wagemut für unkonventionelle Entscheidungen und sein ganz persönlicher Einsatz ganz wichtige Eigenschaften. Es wäre interessant (Seminararbeit), einmal zu untersuchen, wie die langfristige Ansiedlung der Fa. Liebherr die Stadt Ehingen von Grund auf verändert hat. Auf jeden Fall war sie eine ganz wichtige Entscheidung, die uns bis heute einen vernünftigen Haushalt ermöglicht.

Zum Abschluss möchte ich noch einen sehr persönlichen Augenblick erwähnen. Im November 1986 - ganz kurz vor dem Ausscheiden von OB Henger - haben wir auf dem Standesamt in Ehingen geheiratet. Am Ende der Trauung bat uns der damalige Standesbeamte doch bitte kurz mitzukommen. Er brachte unsere kleine Hochzeitsgesellschaft einen Stock höher ins Amtszimmer von OB Henger. Dort gab es ein Gläschen Sekt und die persönlichen Glückwünsche vom OB. Eine überraschende, aber stark in persönlicher Erinnerung bleibende Geste.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion und der SPD-Ortsverein trauern um einen verdienten Ehrenbürger. Ehingen hat ihm viel zu verdanken.

Gez. Mangold/Fraktionsvorsitzender



### Herzlichen Glückwunsch

Mit großer emotionaler Spannung sah ich neulich die Diskussion des Deutschen Bundestages über das Thema Präintemplationsdiagnostik (PID).

Da ich selbst Betroffene bin, freut es mich umso mehr, dass die PID jetzt auch bei uns in Deutschland in bestimmten Fällen erlaubt ist.

Nun haben Eltern wie wir auch die Chance, ein nicht von Erbkrankheiten belastetes Kind mit frühzeitig zu befürchtendem tödlichen Ausgang, sondern mit etwas Glück und im Normalfall ein gesundes Kind zu bekommen.

Es ist nämlich sehr schlimm, sein Wunschkind an so einer schweren Erkrankung zu verlieren. Auch der Kampf mit Kassen, Ärzten, Ämtern usw. ist enorm schwierig und belastet extrem. Das kommt alles zu der pflegerischen, körperlichen und emotionalen Belastung noch dazu.

Ganz herzlichen Dank auch im Namen betroffener Eltern an alle, die im Bundestag dem Antrag zugestimmt haben. ■











Evelyne Gebhardt MdEP
Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments

 $www.europarl.europa.eu/pdf/welcome\_brochures/for\_you/working\_for\_you\_de.pdf$ 

### Evelyne Gebhardt als stellvertretende Landesvorsitzende der Europa-Union wiedergewählt

Mit der überzeugenden Mehrheit von 91,5 Prozent der Stimmen wurde Evelyne Gebhardt als stellvertretende Landesvorsitzende der Europa-Union bestätigt. Bereits seit 2007 hat sie diesen Posten inne und wertet die Wiederwahl als Bestätigung ihrer seitdem geleisteten Arbeit.

Die Europa-Union ist die wichtigste Vereinigung zur Förderung der Einheit Europas. Sie vereint Bürger und Bürgerinnen sowie Politiker aller Fraktionen unter dem gemeinsamen Ziel den europäischen Gedanken voranzubringen.

### 's Rote Füchsle berichete in seiner letzten Ausgabe darüber! (LD)

Gerade in der momentanen Situation, in der die Kritik an der Europäischen Union lauter wird, zeigt sich für Gebhardt, wie wichtig die Europa- Union und ihre Arbeit in dieser Organisation sind. "Unser Ziel muss das Europa der Bürger und Bürgerinnen sein, die Europa-Union sichert den Einfluss der Menschen in ganz Europa und trägt dazu bei, die Menschen für das europäische Projekt zu begeistern. Gerade jetzt ist dies besonders wichtig" so Evelyne Gebhardt.

"Die wiedererstarkende Europa-Skepsis und die ständige Kritik betrachte ich mit Sorge und Unverständnis" führt sie weiter aus und fügt an, dass "in der Zeit der Globalisierung allein ein starkes und vereintes Europa Wohlstand und Frieden für alle Europäer sichern kann. Mein Ziel bleiben weiterhin die vereinigten Staaten von Europa, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen und nicht Märkte, Geld und Gewinn".

's Rote Füchsle gratuliert!

### Jähes Ende eines einheimischen Feldwegs





Linkes Bild: Er sieht ganz "normal" aus und führt auf das Dorf zu ...

Rechtes Bild: Er endet jäh beim ersten Anwesen am eisernen Gatter und einer Warnung vor dem bissigen Hund.

Sacna geit s ..

Fotos: LD





# "Gymnasium" ist nicht gleich "Gymnasium"



Ludwig Dorner

"Gymnasium (Substantiv Neutrum: 'Oberschule).' Standardwortschatz (15. Jh.). Entlehnt aus gr. gymnásion 'Übungsund Ausbildungsstätte', einer Ableitung von griechisch gymnázesthai (sich mit bloßem Körper) sportlich betätigen, zu gr. gymnós 'nackt'. In den Gymnasien lehrten auch Philosophen, so dass sie eine Stätte der allgemeinen Ausbildung waren. Im Zeitalter des Humanismus dann auf die geistige Ausbildungsstätte (zunächst Universitätsschulen, dann verallgemeinert) beschränkt."

### Quelle: Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache.

Vom ursprünglichen Wort her bedeutet das deutsche Fremdwort "Gymnasium" also eher sowas wie Sportstätte, wo die Jungs (Mädchen hatten keinen Zutritt) erst unbekleidet Sport trieben und, wenn sie genug geschwitzt hatten, anschließend im Schatten "normalen" Unterricht erhielten.

Kein Wunder, dass englisch "gymnasium", französisch "gymnase" und spanisch "gimnasio" jeweils schlicht "Turnhalle" heißt!

Ein anderes, bei uns inzwischen ausgestorbenes Wort für die "höchste aller denkbaren Schulen" war "Lyzeum". Dazu sagt dasselbe Wörterbuch:

"'Höhere Lehranstalt für Mädchen' (16. Jh.) Entlehnt aus Lyceum, Lycium 'Gymnasium, Lyzeum', aus gr. Lykeion (das Gymnasium bei einem dem Apóllon Lykeios geweihten Tempel, der Lehrstätte des

SPD

Aristoteles). Zunächst entlehnt als Ehrenname für Universitäten, dann allgemeine Bezeichnung für höhere Schulen, schließlich 'Mädchengymnasium'".

Das Wort Lyzeum gibt es auch in anderen Sprachen. Das französische "Lycée" entspricht unserem deutschen Gymnasium der Oberstufe. "Liceo" ist auch in Italien die gymnasiale Oberstufe. "O Liceu" sagt man in Portugal zum "Gymmi". Und auf Polnisch heißt das allgemein bildende Gymnasium "liceum ogólnoksztalcqce\*"

\* Anm.: polnische Sonderzeichen sind hier leider nicht ganz korrekt wiedergegeben - LD

Auch das Wort "Student" kommt in mehreren Sprachen vor und hat doch nicht überall dieselbe Bedeutung. "Student" ist auf Englisch auch ein Schüler oder eine Schülerin, während "étudiant" auf Französisch zwar ebenfalls "Student" heißt; dieser geht beim Nachbarn aber eher an die "Fac" (vergleichbar zu "Fakultät") und sagt selten "Uni" wie wir. Unser Gymnasiast ist in Italien wiederum ein "studente".

Die Reihe könnte mit "akademisch", "Akademiker", "studieren", "(Studien-)Kolleg" usw. lange fortgesetzt werden.

Kurz: Es gibt in verschiedenen europäischen Sprachen einander ähnliche Begriffe, die Schule und Studium betreffen, aber oft nicht dasselbe bedeuten. Wer das nicht weiß, richtet bei Erklärungsversuchen und Vergleichen heillose Verwirrung an oder versteht nicht, wie etwas wirklich gemeint ist. Oder er strebt für sein Kind eine Schulart an, deren Namen er von zu Hause kennt, und es ist bei uns vielleicht etwas ganz anderes damit gemeint.

Dazu kommt erschwerend, dass es selbst in Deutschland von Bundesland zu Bundesland durchaus Begriffe gibt, die man anderswo schlichtweg nicht kennt und nicht versteht.

Ich nenne zweierlei Beispiele: Außerhalb Baden-Württembergs kennt wohl kaum jemand den Begriff "Werkrealschule". (Abgesehen, dass auch im Lande selbst nur wenige Leute wissen, was damit gemeint ist.)

Und wenn man heutige Schülerinnen und Schüler fragt, welche Fächer sie haben, dann antworten sie (Beispiel Werkrealschule), neben Deutsch, Englisch und Mathematik hätten sie WZG ("Welt, Zeit, Gesellschaft"), MNT ("Materie, Natur und Technik"), WAG ("Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit") und MSG ("Musik, Sport, Gestalten") ... Übrigens: Nichts gegen diese "Fächerverbünde"! Das hat schon seinen Sinn.

Die Aufzählung ist unvollständig! Ähnliches gilt z. B. auch für die Realschule, wo wieder ganz andere Abkürzungen gebräuchlich sind. Man darf jeweils raten, worin sich die herkömmlichen Bezeichnungen wie "Geschichte" oder "Biologie" usw. verbergen.

Fazit: Oft redet man (nicht nur, aber auch bei schulischen Angelegenheiten) schlicht aneinander vorbei. Jeder glaubt zu





wissen/ahnen, was der andere meint, aber in Wirklichkeit werden womöglich durchaus

unterschiedliche Dinge darunter verstanden.

Nicht einfach, das! Ich kann es

leider auch nicht ändern, aber wenigstens mal andeutungsweise beschreiben ...

Die Vollendung eines solchen Zieles braucht Geduld!

### Allein ein starkes und vereintes Europa kann Wohlstand und Frieden für alle Europäer sichern

Evelyne Gebhardt MdEP

Die Europäische Union und mit ihr der europäische Gedanke sehen sich gerade mit großer Kritik konfrontiert. Allerorten liest man von "Pleite-Griechen" (Bild) oder einer "Transfer-Union". Doch lassen Sie uns mal daran erinnern, welche Erfolgsgeschichte die europäische Einigung eigentlich ist!

In der Geschichte der Menschheit ist die EU einzigartig! Noch nie haben Nationen, die sich zuvor jahrhundertelang in brutalen Kriegen bekämpften, freiwillig eine Gemeinschaft gegründet, gemeinsam über Ziele und Herausforderungen beraten und dauerhaft versucht, den Weg der Verständigung zu gehen. Nun zu glauben, man könne in wenigen Jahrzehnten Einheit und Wohlstand herstellen, wo zuvor über Generationen nur Krieg, Streit und Missgunst herrschten, ist vermessen.

Die Vollendung eines solchen Zieles braucht Geduld! Und gerade heute, in der Zeit der Globalisierung, kann allein ein starkes und vereintes Europa Wohlstand und Frieden für alle Europäer sichern. Daran gilt es immer wieder zu erinnern. All den Skeptikern, denen der europäische Gedanke und die Solidarität der Völker Europas fremd sind und die unter dem Deckmantel des nationalen Wohles die EU ablehnen, sei gesagt, dass kein EU-Staat, auch nicht Deutschland, stark genug ist, um allein im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung durch das Büro Evelyne Gebhardt



### Ärgernis

Seit der neue "Müller" in der Marktstraße aufgemacht hat, ist das Straßenbild belebter. Das ist natürlich erfreulich. Beim letzten Dienstagstreff kam jedoch auch zur Sprache, dass der derzeitige Zustand am Übergang vom Gehweg zur Straße direkt vor dem Neubau ein nicht unproblematisches Provisorium darstellt. So, wie es nun auch schon seit drei Monaten ist, ist die "Rampe" (siehe Abbildung) eine mögliche Stolperfalle für Fußgänger/-innen, aber auch für Menschen mit Kinderwagen oder Rollstuhl. Die Kandel, in der das Regenwasser normalerweise abfließen soll, ist zubetoniert. Insofern ist das insgesamt eine Gefahrenstelle und damit zugleich ein Ärgernis.

Gemeinderat Manfred Hucker hat in dieser Sache Herrn Stadtbaumeister Fiesel anlässlich der Eröffnung des Müllermarktes angesprochen. Das Niveau der Straße wird laut Herrn Fiesel zur Rathausseite hin gesenkt, so dass das Regenwasser nicht in der Mitte wie im Moment, sondern am Rande abläuft. Dies geschieht nach Fertigstellung der kompletten Außenanlage und wurde nach Aussage des Bauamtes von Anfang an bedacht.

So besteht Hoffnung, dass nach Fertigstellung alle Ärgernisse wie "Stolperfalle" und "Bächlein" behoben sein werden. ■

Foto: Mangold





# Damals im August

Gerhard Tessin

### Vor 90 Jahren (1921): Erzberger ermordet

Die ersten Jahre der Weimarer Republik waren politisch unruhig, es herrschten teils bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Anfang 1919 waren nur der Auftakt einer Reihe zahlloser politischer Attentate. Die Verunglimpfung von Repräsentanten der Regierung als "Novemberverbrecher" und "Erfüllungspolitiker", die von breiten Kreisen der Konservativen und Nationalen, begleitet von primitivem Antisemitismus gepflegt wurde, ermutigte Rechtsradikale zu Attentaten auf Politiker. Hatten zuvor mit dem baverischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner und dem USPD-Vorsitzenden Hugo Haase noch ausgewiesene Linke auf der Abschussliste gestanden, so war es nun der Zentrumspolitiker Mathias Erzberger, der 1920 einen Mordanschlag überlebte. Die Täter wurden von konservativen Richtern unter Zubilligung ideeller Motive nur zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Aufmunterung für künftige Attentäter. Und so vollendeten am 26.8. zwei ehemalige Marineoffiziere den Versuch ihrer Vorgänger. Erzberger wurde bei einem Spaziergang im Schwarzwald aus nächster

Nähe erschossen. Die Mörder Heinrich Schulz und Heinrich Tillesen\* konnten sich mit Hilfe der rechtsradikalen "Organisation Consul"\*\* ins Ausland absetzen.

Der 1875 in Buttenhausen geborene Zentrumspolitiker Mathias Erzberger war einer der meistgehassten Politiker der Weimarer Republik. 1909 wurde er für den Wahlkreis Biberach in den Reichstag gewählt, wo er sich zum Finanzexperten entwickelte. Anfang des Krieges noch ein Verfechter für Annexionen, trat er später für einen Verständigungsfrieden ein. Im Oktober 1918 war er Staatssekretär im Kabinett Max von Baden. Am 11.11. unterzeichnete er als Führer der deutschen Kommission den Waffenstillstand in Compiégne. Zwar mit ausdrücklicher Zustimmung der Obersten Heeresleitung, doch kein hochrangiger Offizier war entsandt worden. Das "Ehrenschild" der Armee musste rein bleiben. So wurde er, der Zivilist, mitverantwortlich gemacht für die Schmach der Niederlage und die harten Bedingungen des Waffenstillstands.

Die Saat der politischen Rechten durch Hasstiraden und Verleumdungen ging mit den Attentaten auf. Vor allem der DNVP-Vorsitzende, Helfferich, wurde nicht müde, Erzberger, inzwischen Finanzminister der Weimarer Republik, politisch und moralisch zu verleumden.

Dagegen setzte sich dieser juristisch zu Wehr. Der entsprechende Beleidigungsprozess Erzbergers gegen Helfferich endete mit einem skandalösen Urteil: Das Gericht verurteilte Helfferich formal wegen Beleidigung zu einer minimalen Geldstrafe, fand aber, dass dieser im Grunde Richtiges behauptet hatte. Der deutschnationale Abgeordnete hatte auch während der Verhandlungen ungestraft den Kläger attackieren und die Republik diffamieren können. Somit war dieser der eigentliche Prozessgewinner. Empört über das Urteil trat Erzberger als Minister zurück. Die Angriffe auf ihn hörten damit aber nicht auf, zumal er eine Rückkehr in die Politik nicht ausschloss.

Die nationale Rechte feierte den Mord ungeniert. Die Mörder fanden den Beifall der Republikgegner, weil sie mit Erzberger einen der wichtigsten demokratischen Politiker getroffen hatten.

### Anmerkungen

\*1947 wurde Heinrich Tillesen von einem Konstanzer Gericht wegen der Beteiligung an der Ermordung Erzbergers zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er war bereits zwanzig Jahre zuvor wieder gefasst und zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Diese wurde jedoch durch eine von Reichspräsident Hinden-



### ■■■ Fortsetzung von Seite 12

burg 1933 erlassene Amnestie aufgehoben, was das Konstanzer Gericht als einen verfassungswidrigen Eingriff in die Länderhoheit nicht anerkannte.

\*\* Organisation Consul (O.C.): Die Geheimorganisation ging 1920 aus dem Freikorps "Brigade Erhard" hervor. Sie war eine extrem antidemokratische, antiparlamentarische und antisemitische Organisation mit zeitweilig ca. 5 000 Mitgliedern. Neben dem Attentat auf Erzberger war sie auch für den Mord an Walter Rathenau (1922) verantwortlich. Auf ihr Konto gingen zahlreiche weitere Gewaltakte wie Fememorde und ein gescheitertes Attentat auf Philipp Scheidemann. Die O.C. löste sich 1922 auf. Ihre Mitglieder schlossen sich danach im "Bund Wiking" zusammen.

### Vor 50 Jahren (1961): Mauerbau

Es hatte sich angedeutet, dass in Berlin etwas passieren würde, obwohl oder gerade weil Walter Ulbricht beteuerte, "niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen". Die zweite Berlin-Krise schwelte seit 1958, immer begleitet von Ultimaten und anderen Drohungen Moskaus. Sie wurde von Chruschtschow erneut mit einem Ultimatum angeheizt. Deshalb setzten viele DDR-Bürger eventuelle Fluchtgedanken in die Tat um, bevor es zu spät sein würde. Seit der

Staatsgründung der DDR 1949 wurden Jahr für Jahr sechsstellige Flüchtlingszahlen registriert, die meisten 1953 mit 331 390. 1952 wurde die Grenze zur Bundesrepublik abgeriegelt, und so blieb nur noch der Weg über die damals noch relativ offene Grenze vom Ostin die Westsektoren Berlins. Allein vom Januar bis August 1961 flohen 200 000, darunter viele Facharbeiter und Akademiker. Am 9.8. wurde mit 1926 die höchste Flüchtlingszahl für einen Tag registriert. Die DDR-Machthaber fürchteten ein Ausbluten der DDR und die Beschleunigung des wirtschaftlichen Verfalls. Und sie handelten. Walter Ulbricht, seit dem Tod des Staatspräsidenten Pieck mit Machtfülle ausgestattet, ließ sich vom Großen Bruder in Moskau sein Vorhaben absegnen, die Fluchtwege nach Westberlin zu schließen.

Anfang August kündigte die DDR-Regierung Beschränkungen im innerdeutschen Reiseverkehr an. Dann wurde mit der Registrierung von Grenzgängern begonnen. Das waren 53 000 Ostberliner, die in den Westsektoren ihren Arbeitsplatz hatten. In der Nacht zum 13.8. schließlich begannen Einheiten der DDR-Volksarmee und Volkspolizei sowie Bauarbeiter die Grenze zu Westberlin hermetisch abzuriegeln, zuerst mit Stacheldraht und Straßensperren, dann mit der Errichtung einer

Mauer rund um Westberlin. Nur 12 von fast 80 Sektoren- übergängen blieben geöffnet. Ostberliner und DDR-Bewohner durften nur noch mit ausdrücklicher Genehmigung der Ost-Behörden in den Westen. Westberliner auch nur mit Genehmigung in den Ostsektor. Diese Aktion war eine Verletzung und auch die faktische Beseitigung des Viermächtestatus von Berlin, ebenso die Annexion Ost-Berlins für die DDR.

Die Westmächte protestierten mit einer Note an die Sowjetregierung, die aber von Moskau zurückgewiesen wurde. Einen Konflikt mit ungewissem Ausgang wollten sie wegen Berlin nicht riskieren, das wussten auch die Sowjets. Und so beschränkten sich die USA, Großbritannien und Frankreich auf die Verteidigung ihrer Rechte in West-Berlin und ihres freien Zugangs dorthin, ohne ihren Rechtsanspruch in Ost-Berlin durchzusetzen. Mit verstärkter militärischer Präsenz an den Sektorengrenzen machten vor allem die Amerikaner dem Osten deutlich: bis hierher und nicht weiter! Zynisch ausgedrückt beendete der Willkürakt des Mauerbaus die seit 1958 schwelende zweite Berlinkrise. Die Sowjets akzeptierten nun die Anwesenheit der Alliierten in Westberlin und die DDR erlebte in den Folgejahren eine Art Konsolidierung.

Siehe auch Seite 20. ■

Kleinanzeigen in einer Kundenzeitschrift für biologische Produkte (Immer der absolut originalgetreue Anzeigentext samt Zeichensetzung, nur ohne die Kontaktadressen)

### Welche glückliche Seele schenkt mir Geld?

Wir brauchen eine Neue zum Einstieg in unser Frauenkollektiv. -#- Österreich - Mama macht gesunde Karriere. -#- Channeling mit Erzengeln und Aufgestiegenen Meistern. -#- Das GeheimWissen des ursprünglichen Templerordens an würdige Suchende zu vermitteln, ist unsere hohe Pflicht. Nähere Auskunft gegen 1,45 Rückporto. -#- Den eigenen Weg finden! Spirituelle karmische Astrologie Engellichtarbeit Entscheidungshilfe und Prognosen. Telefonberatung auch am Wochenende. -#- Ich bin bereit, ein finanzielles Grundeinkommen von 1500,- Euro im Monat anzunehmen. Welche glückliche Seele schenkt mir Geld? -##- (Quelle: Schrot & Korn, Ausgabe Juli 2011)

SPD



Ehinger Heimat- oder Stadtfest

### Vierfest' - manchmal sind es sogar fünf

Ludwig Dorner

Vierfest: "Eines der vier großen [katholischen; LD] Kirchenfeste (Weihnachten, Ostern, Pfingsten, Mariä Himmelfahrt oder Allerheiligen)" - Quelle: Schwäbisches Handwörterbuch: Mit deutschschwäbischem Register, von Hermann Fischer und Hermann Taigel - (Google | Bücher). - In der Mehrzahl denkt man sich schwäbisch-maulfaul das Schluss-e weg und sagt auch Vierfest', meint aber die "Vierfeste" oder (auch Schwäbisch:) "Vierfeschtr".



Wer im Schwäbischen, zumal im Oberland, zuhause ist, dürfte den Begriff "Vierfest" kennen. Offen bleibt, ob jedem Befragten (mich eingeschlossen) gleich alle vier auch einfallen würden. Gleichwohl: Die Vierfeste sind im Jahresablauf zumindest redensartlich nicht wegzudenken. So sehr, dass manche Städte der Region den offiziellen Vieren noch ein örtliches fünftes Hochfest hinzufügen. Die Laupheimer haben ihr Heimatfest, den Biberachern geht nichts über "die Schützen". Den Ravensburgern sind "die Ruten" (Rutenfest) und den Bad Saulgauern das "Bächtlefest" überaus heilige Höhepunkte im Jahr. Mancher wird sie an persönlicher Bedeutung nahe bei Weihnachten, vermutlich noch vor Ostern und Pfingsten und ganz gewiss lange vor den verbleibenden Vierfesten einordnen — und in den genannten Städten dazuhin meist auch noch weit vor der örtlichen Fasnet.

Bürgerschaftliches Engagement, unterstützt von (Ober-)Bürger-

meistern, Stadträten und städtischen Bauhöfen, machen es überall möglich, dass ein paar Tage im ganzen Städtle gefeiert wird. Natürlich sind bei öffentlichen Aufführungen (Theater, Tanz, Sport, Musik) und bei den Umzügen auch die Schulen voll dabei. Ex-Einheimische reisen oft von weither an, um die alte Heimat zu sehen, um frühere Schulkameraden, Freunde, Bekannte und Verwandte zu treffen. Man trifft sich im Biergarten (es muss ja nicht immer Bier das Getränk der Wahl sein!) oder im Festzelt, man fährt Autoscooter ("Boxauto"), Geisteroder Achterbahn, Kettenkarussell, kauft Lose, schleckt Zuckerwatte oder Eis, lässt sich eine Bratwurst, ein halbes Göggele oder andere Spezialitäten schmecken. Kurz, man lässt es sich gut gehen und freut sich des Daseins. So ähnlich ist es auch in Ehingen. Aber:

Musikkapellen und Trommlercorps ziehen durch die Städte, treten frühmorgens an zur Tagwacht. Die Häuser sind beflaggt, die ganze Stadt zeigt sich im bunten Fahnenschmuck. In den einzelnen Städten gibt es dann noch Besonderheiten, wie zum Beispiel das "Adlerschießen" in Ravensburg oder das Freilicht-"Welfentheater" in Weingarten. Während der Umzüge und manchmal den ganzen Haupt-Festtag lang sind die Innenstadtgeschäfte selbstverständlich

geschlossen. Es ist Feiertag!
Kurz: Die spezielle Atmosphäre
des städtischen "fünften Vierfests" liegt wochenlang vorher
und dann tagelang in der Luft.
Und es sind natürlich auch jeweils "Pflichttermine" fürs
Umland.

### Wo bleibt da Ehingen?

Da ist manches anders. Das muss prinzipiell noch kein Fehler sein. Ich meine aber, es sei in diesem Falle einer. Das herkömmliche hiesige Fest mit Festzelt, von den drei großen Vereinen der Stadt organisiert, ist gut und recht. Auch da sind willige Leute lange Zeit am Planen und Schaffen. Es gibt einen kleinen Vergnügungspark und am Montagnachmittag (vormittags ist normaler Unterricht) die eine oder andere kleinere schulische Aufführung. Geld, das zuletzt übrig bleibt, wird wieder sinnvoll verwendet. Das ist alles keine Frage und soll nicht kritisiert werden. Aber sonst ... Mir kommt's seit Jahrzehnten "festmäßig" ein bisschen arg dünn vor. Ehingen hätte Besseres, Würdigeres verdient.

Ehingen ist ebenso geschichtsträchtig wie andere Städte im Land. Ehingen hat ebenso viele historische Gebäude, die man als Modelle in einem Umzug mitführen könnte. Ehingen hat auch viele Schulen, die einen großen Teil an Veranstaltungen



#### Fortsetzung von Seite 14

bereichern könnten, und zwar nicht nur montagnachmittags und hinter dem Bierzelt, wo Schatten oder Regenschutz, Vergnügungspark und Zuckerwatte eine gar große Verlockung darstellen. Auch Ehingen könnte Schulen einladen, einen Festzug mitzugestalten — buntgemischt hier und historisch dort. Auch in Ehingen und Umgebung gibt es Musikvereine, Fanfarenzüge, Jugendmusikabteilungen, die einen Umzug bereichern könnten. Dies sahen wir zuletzt in Emerkingen.

Auch in und um Ehingen gibt es Pferdehalter, die ihre Tiere, festlich geschmückt, paarweise oder gar als Vierspänner vor Festwagen spannen könnten. Schmiede, Zimmerleute und andere Handwerker könnten ihr Gewerbe darstellen (siehe auch

Ulrichsfest und Kreismusikfest Emerkingen). Die Reihe ließe sich noch lange fortsetzen.

So ein "klassisches" Kinder- und Heimatfest (oder wie immer man es nennen möchte) habe in Ehingen keine Tradition? So etwas ließe sich nicht "künstlich aus dem Boden stampfen"? Nur zur Erinnerung: Man müsste es gar nicht neu erfinden, sondern nur an eine längst eingeschlafene Tradition wieder anknüpfen. Ältere Ehingen kennen noch die Ehinger Kinderfeste mit Umzügen unter der Leitung von Oberlehrer Schnitzer. Wenn man wollte, müsste man manches nur wiederbeleben. Anderes freilich müsste man zeitgemäß gestalten. Änderungen und Neuschöpfungen gibt es immer und überall, auch bei den "historischen" Schützen-, Ruten-,

Kinder-, Heimat- und Welfenfesten und wie sie alle heißen. Tradition bedeutet immer auch Mut zu Neuem!

Ob also nicht auch unser Ehingen endlich so ein richtiges mehrtägiges Stadtfest mit Umzug wert wäre? Einen passenden Namen würde man bestimmt noch finden können.

Fotos: Welfenfest Weingarten 2011. Beispielhaft wird etwas vom Festumzug gezeigt. Mehrsprachige Begrüßung: Selbstverständliche Beteiligung auch der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund. "Bunter Teil": vor allem Grundschulkinder. Geschichtlicher Teil: Jugendliche. Viel Jugend auch bei Musikgruppen und Trommlern. Selbstverständlich mit dabei: Kinder und Jugendliche mit körperlichen und/oder geistigen Beeinträchtigungen (Inklusion). Außerdem: Kommunale Städtepartnerschaften, Nachbauten von Gebäuden sowie Pferdegespanne. ■





















alle anderen Fotos: L. Dorner

### Tr stand vor 10 Jahren im Roten Füchsle

Liebe Leserinnen und Leser,

irgendwo sind sie ja schon niedlich, unsere "Schwarzen."

Zum Informationsabend der "Berger Interessengruppe", die ihre Schwierigkeiten mit dem bereits begonnenen Bau der Umgehungsstraße hat, wurden die drei CDU-Abgeordneten aus Landtag und Bundestag mit größter Selbstverständlichkeit eingeladen, MdB Jürgen Meyer hingegen nicht. Der sei ja auch nicht der direkt gewählte Kandidat gewesen ... Auf den Vorhalt, dies treffe für einen der CDU-MdBs mindestens genau so zu, gab es nur belämmertes Schweigen. Ach Gottchen ...

Als zum Baubeginn die "Danke"-Schilder errichtet wurden, hatte jemand vorgeschlagen, "Danke, Bundesregierung" drauf zu schreiben. Dies sei nicht nötig, meinte Ehingens OB, ein einfaches "Danke" reiche auch. Hätte noch die CDU in Berlin regiert, wer weiß, ob da nicht ein anderer Text veranlasst worden wäre ...

Aus höchst berufenem Munde aus dem Landesverkehrsministerium wurde dem Roten Füchsle versichert, niemand habe sich so sehr um den Baubeginn verdient gemacht (eingesetzt), als unser Bundestagsabgeordneter Jürgen Meyer. Dies räumte auch der Interessenvertreter der Berger Bürgerinitiative im kleinen Gespräch gerne ein. Er wusste es also sehr wohl. Aber öffentlich sagen - oh, da hätte man sich lieber die Zunge abgebissen.

Wie gesagt, sie sind niedlich, unsere "Schwarzen". Mehr aber auch nicht. Anmerkung 2011: Sie werden sich jetzt etwas umstellen müssen.

Weitere Themen vor 10 Jahren: EU-Grundrechte-Charta (alle 54 Artikel) SPD-Regionalkonferenz in der Lindenhalle — "Busse mit Rucksack, die nicht stinken" (wasserstoffbetrieben) -Flohmarkt: 500 DM (ca. 250 €) für's Rote Füchsle

### (A)bgestimmt — wie?

's Rote Füchsle berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben, oder, dass im Berichtszeitraum keine Sitzung stattfand bzw. dass sie an der Teilnahme verhindert waren. Sie haben dies freundlicherweise aus eigenem Entschluss mitgeteilt. Danke!

#### Hilde Mattheis MdB

Anbei das Abstimmungsverhalten von Hilde der letzten zwei Sitzungswochen. (Eingang 21. 4. 2011)

- Antrag SPD: "Verbraucherschutz in der Telekommunikation umfassend stärken", ja
- Antrag SPD: "Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen gesetzlich durchsetzen", ja
- Antrag LINKE: "Einführung eines verpflichtenden Lobbyistenregisters" nein, stattdessen Zustimmung zum SPD-Antrag: "Mehr Transparenz beim Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung - Bericht des Bundesrechnungshofes vollständig umsetzen"
- Antrag SPD: "Tschernobyl mahnt Für eine zukunftssichere Energieversorgung ohne Atomkraft und eine lebendige europäische Erinnerungskultur", ja

Bettina Schulze, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Berlin

#### Evelyne Gebhardt MdEP

Evelyne hat diese Woche wie u.a. folgt wie folgt abgestimmt:

- Di. 5. Juli 2011: Das Europäische Parlament stimmte für das Recht der einzelnen Mitgliedstaaten, den Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) einzuschränken oder auch ganz zu untersagen. Dabei haben wir durchsetzen können, dass ein Verbot nun auch aus Umweltschutzgründen möglich sein soll. Als Beispiele hierfür gelten u. a. Pestizidresistenz, die Erhaltung der lokalen biologischen Vielfalt oder fehlende Daten über eventuelle negative Auswirkungen auf die Umwelt. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen freuen uns über das Ergebnis, haben wir uns doch dafür eingesetzt, dass Mitgliedstaaten, die den Anbau von GVO beschränken oder verbieten möchten, das zukünftig auch tun dürfen. Ich persönlich hätte mir in der Sache zwar noch mehr Freiheiten für die Mitgliedstaaten gewünscht, dennoch habe ich mit JA gestimmt, da die jetzige Regel immerhin eine Verbesserung der derzeitigen Lage darstellt.
- Di. 5. Juli 2011: Am Dienstag hat das Europäische Parlament darüber entschieden den Handel mit Derivaten weniger anfällig zu machen, Spekulation mit Leerverkäufen einzuschränken und Anleger rascher zu entschädigen. Die Endabstimmungen wurde jedoch ausge-





setzt, um kurzfristig noch eine Einigung mit dem Ministerrat in erster Lesung zu ermöglichen. Wenn spekulative Geschäftspraktiken ganze Volkswirtschaften oder Währungen bedrohen, dann müssen sich endlich auch die Mitgliedstaaten bewegen, damit solche finanzielle Massenvernichtungswaffen endlich unter Kontrolle gebracht werden. JA

• Mi. 6. Juli 2011: Mit breiter Mehrheit hat das Europäische Parlament der nicht-legislativen Entschließung zugestimmt, dass bis 2015 30% und bis 2020 40% der Positionen in Vorständen und Aufsichtsräten der großen börsennotierten EU-Unternehmen mit Frauen besetzt werden. Soweit freiwillige Maßnahmen nicht genügen, dann brauchen wir hierfür eine europaweite Gesetzgebung. Daher haben wir die Europäische Kommission aufgefordert, bis 2012 entsprechende legislative Vorschläge zu unterbreiten. Meine Meinung: Wir haben lange genug auf die schönen Worte der Konzerne vertraut. Es wird höchste Zeit, dass gesetzliche Regelungen die "gläserne Decke" auf der Karriereleiter von Frauen zerschlagen. Leider ist die Europäische Union für Deutschland derzeit wieder mal der einzige Motor in Sachen Gleichstellung von Frauen und Männern. JA

#### Martin Rivoir MdL

Nachfolgend Martins Abstimmungsverhalten in den Plenarsitzungen am 29. und 30. Juni:

 Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD: Pläne der Landesregierung zum Atomaussteig und zur Energiewende, Drucksache

### 15/77: ja

 Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien, Drucksache 15/147, 15/153: ja

#### Manfred Hucker, Gemeinderat

- Abfallbeseitigung
   Umstellung des Systems bei
   den Sonderabfuhren Altholz,
   Altmetall und Sperrmüll von
   der allgemeinen Straßenab fuhr zur Abfuhr nach Anmel dung --- ja
- Vergabe der Elektro-, Mess-, Steuer-, Automatisierungsund Prozessleitungssystemtechnik für die Außenstationen der <u>Kläranlage</u> Ehingen
   ia
- Vergabe der Ingenieurleistungen für die Planung der Ortsdurchfahrt Frankenhofen
   --- ja

#### Joachim Schmucker, Gemeinderat

GR-Sitzung am 7.07.2011

- Abfallbeseitigung: Sperrmüll, Altmetall, Altholz wird nach Anmeldung abgeholt: ja, weil damit das tagelange "Aussortieren" durch gewerbliche Einsammler ein Ende hat, die Verwertung des Mülls der Stadt und letztlich uns Gebührenzahlern zugute kommt.
- Stadtmarketing,
   Bericht über
   aktuelle Projekte:
   Die engagierte Arbeit aner kennend zur Kenntnis ge nommen.

### Georg Mangold, Stadtrat

mein (A)bgestimmt (Gemeinderat 7.7.2011):

- Änderung des Abfuhrsystems bei <u>Sonderabfuhren</u> (Sperrmüll-Altholz-Altmetall) für das Jahr 2012 probeweise = zugestimmt
- Vergabe Prozessleitsystem,

- um alle Außenstellen an die zentrale <u>Kläranlage</u> anzuschließen = zugestimmt (Größe = 1,1 Mio €)
- Vergabe der Ingenierleistungen für die Planung der <u>Ortsdurchfahrt Franken-</u> <u>hofen</u> an das Büro Wasser-Müller in Biberach = zugestimmt (Größe = 45.000 €)

#### Technischer Ausschuss 7.7.2011:

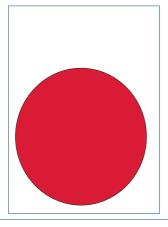
- Vergabe von <u>Brandschutzarbeiten</u> in Trockenbauweise für Renovierung des Franziskanerklosters = zugestimmt (Größe = 69.000 €)
- Vergabe von <u>Bodenbelägen</u> für JVG (E-Bau; Gymnasium) = zugestimmt (Größe = 155.000 €)

#### Klärle Dorner, Kreisrätin

Kreistagssitzung 11. Juli 2011

Antrag der freien Wähler und der CDU-Fraktion: Vertragliche Beteiligung des ADK am Ausbau des Urgeschichtlichen Museums Blaubeuren mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von 110 000 Euro. (...) Der Vertrag wird über 15 Jahre abgeschlossen. "Das Urgeschichtliche Museum Blaubeuren übernimmt dafür die Aufgabe, die Entwicklung eines Steinzeitparks Alb-Donau-Kreis voranzutreiben und die fachliche Federführung zu übernehmen. (...) Die Kreisverwaltung wird beauftragt die erforderlichen Verträge abzuschließen." Inhaltlich war uns klar, dass damit eine sehr gute Möglichkeit gefunden werden kann, dass die einmaligen Funde wie die Venus aus Schelklingen und die kleine Flöte bei uns einen Platz finden können und damit ein großer touristischer Magnet geschaffen wird. Die urgeschichtliche Bedeutung unserer Region bekommt einen ganz anderen Stellenwert. Trotzdem habe ich mit einigem Bauchgrimmen dem Antrag zugestimmt. Eine "Freiwilligkeitsleistung" mit so großer Tragweite? Es fehlt ein Gesamtkonzept. Wir von der SPD haben deshalb darum gebeten, dass möglichst bald ein Gesamtkonzept vorgelegt wird und der Kreistag über die Fortschritte regelmäßig unterrichtet wird.





## Der Diens-Tags-Treff



Protokoll vom 5. Juli 2011

Stephanie Bernickel

Zu Beginn dieses Protokolls möchte ich das Ergebnis unserer Diskussion über die Zusammenlegung der Kreisverbände Ulm und Alb-Donau vorwegnehmen. Wir waren bzw. sind einstimmig gegen eine Zusammenlegung der Kreisverbände! Die wichtigsten Argumente möchte ich kurz nennen:

Neben der teilweise inhaltlich unterschiedlichen Ausrichtung muss man ganz
klar sagen, dass ein Ulmer
Kreisverband ganz andere Probleme zu lösen hat als ein ländlicher Kreisverband wie der im
Alb-Donau-Kreis. Auch ist
nicht zu unterschätzen, dass
sich die SPD-Wählerklientel eines städtisch geprägten Kreisverbandes absolut von der
Wählerklientel eines ländlich
geprägten unterscheidet.

→ Welche Gründe den OV Langenau dazu bewogen, die Antragstellung über die Zusammenlegung der beiden Kreisverbände zu beschließen, können wir nur erahnen. Eines muss uns dabei aber klar sein: das Problem des Mitgliederschwunds wird dadurch nicht gelöst, denn dieses hat nichts mit der Präsenz eines einzelnen Kreisverbandes zu tun, sondern hängt maßgeblich vom öffentlichen Ansehen der SPD im Allgemeinen ab. Natürlich ist uns bewusst, dass personelle Herausforderungen auf uns zukommen werden. Aber nun

mal ehrlich: Ist das wirklich ein Grund, die Grundstruktur unseres Kreisverbandes vollständig zu eliminieren? Oder haben wir bisher nicht immer eine Lösung für solche Probleme gefunden?

Beine Folgeerscheinung dieser angedachten Zusammenlegung wäre, dass auch die unterschiedlichen Arbeitsgemeinschaften in unserem Kreisverband, beispielhaft genannt seien hier die AG 60+ und die Jusos, zwangsläufig "fusionieren" müssten. Wollen wir das wirklich? Immerhin leisten die beiden genannten Arbeitsgemeinschaften gute und konstante Arbeit in unserem Kreisverband.

Das letzte Argument gegen diese Zusammenlegung ist das folgende: Welche Auswirkungen hat dieser Vorschlag auf die Kommunalwahlen im Alb-Donau-Kreis? Kein "Ulmer" kann sich vorstellen, welche Schwierigkeiten der KV Alb-Donau zu bewältigen hat, wenn es darum geht, Listen für Gemeinderats- und Kreistagswahlen zu füllen. Monatelang sind die Verantwortlichen damit beschäftigt, geeignete Kandidaten zu finden und diese dann auch davon zu überzeugen, auf einer SPD-Liste zu kandidieren. Was bedeutet es also im Umkehrschluss, wenn sich niemand mehr dafür verantwortlich fühlt, einen

ordentlichen Kommunalwahlkampf im Alb-Donau-Kreis zu machen?

In der Rubrik "Aktuelles"
wurde kurz der aktuelle
Stand des Bahnprojektes
"Stuttgart 21" ausgetauscht und
diskutiert. Ebenfalls Thema war
die Situation um die ehemaligen Parkplätze des Müllermarktes in der Buck's HöfleTiefgarage. Letzter Punkt innerhalb dieses Tagesordnungspunkts war ein kurzer Bericht
über die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos vom 02. bis 03.
Juli (siehe Bericht Seite 19).

eorg Mangold informierte uns im dritten Teil der Tagesordnung über "Aktuelles aus dem Gemeinderat". Schwerpunkt war die Neuordnung bzw. Änderung der Abfallordnung ab dem nächsten Jahr. Diese beinhaltet, dass es zukünftig keine "offizielle" Abfuhr mehr gibt, sondern stattdessen die Möglichkeit besteht, per Anruf den Auftrag zur Abfuhr von Holz- und Sperrmüll zu erteilen.

m letzten Punkt der Tagesordnung erinnerte Klärle an die Veranstaltung mit unserer Kultusministerin Warminski-Leitheußer am 15. Juli im Kleinen Saal der Lindenhalle. Hier besteht die Möglichkeit, unsere Kultusministerin mit allen Fragen zu löchern, die einem rund um das Thema Bildung am Herzen liegen.

SPD



Juso-Landesdelegiertenkonferenz

### "The same procedure as every year ...!"

### Stephanie Bernickel

Ein arbeitsreiches Arbeitsjahr lag hinter uns, und mal wieder war es Zeit, sich auf den Weg zur Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der Jusos - dieses Mal in Osterburken - zu machen.

Osterburken (6500 Ew.\*) ist eine Stadt des Neckar-Odenwald-Kreises in Baden-Württemberg. Wegen ihrer Lage am Obergermanisch-Rätischen Limes und der damit zusammenhängenden zahlreichen archäologischen Funde aus römischer Zeit wird sie auch als Römerstadt bezeichnet. (Quellen: Wikipedia; \*osterburken.de) — LD

Ja, eigentlich war auch auf dieser LDK alles so wie in den vergangenen Jahren. Doch eine ganz grundlegende Sache hatte sich verändert: wir waren Jugendorganisation einer Regierungspartei und das in Baden-Württemberg. Kaum zu glauben, aber wahr!

Dieser Bericht soll kurz die wichtigsten Tagesordnungspunkte widergeben. Ich möchte es mir allerdings auch nicht nehmen lassen, ein wenig Kritik an unserem Landesverband zu äußern.

Der Samstag war geprägt von Diskussionen rund um das vom Landesvorstand eingebrachte Arbeitsprogramm mit dem Titel: "Jusos Baden-Württemberg: Bunt, Modern, Gerecht". Inhaltlich weist dieses Arbeitsprogramm den Weg für das kommende Jahr. Arbeitsgruppen werden gebildet, die sich mit folgenden Themen auseinandersetzen sollen:

- Moderne Industriepolitik
- Fortschritt durch Vielfalt

- Politik machen
- Jusos öffnen
- Stark vor Ort
- Seit' an Seit' (mit den Gewerkschaften)
- Starke Frauen
- Rechtsextremismus

Highlight des ersten Sitzungstages war die Rede unseres Finanz- und Wirtschaftsministers Nils Schmid, der sich unter anderem auch für die Unterstützung der Jusos im Landtagswahlkampf bedankte. Am Abend wurde unser Landesvorsitzender Frederick Brütting mit einem erfreulichen Ergebnis wiedergewählt, ebenso fand die Wahl der acht Stellvertreter und Stellvertreterinnen statt.

Obwohl am Abend vorher lang gefeiert wurde, ging es am Sonntag morgen relativ pünktlich und relativ zügig weiter. Für den Sonntag war es den Organisatoren gelungen, unseren Innenminister Reinhold Gall als Gastredner zu gewinnen. Eine kontroverse und faire Diskussion folgte seiner Rede, in der wir ihm unmissverständlich klar machten, dass unsere Meinung zum Thema "Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen" und "Vorratsdatenspeicherung" eine völlig andere ist und wir von ihm Unterstützung erwarten.

Inhaltlich ging es am Sonntag um den Leitantrag des Landesvorstands mit dem Titel "Unsere SPD: Ehrlich, Offen und Modern!". Ein eigentlich guter Antrag wurde bis ins letzte zerpflückt und totdiskutiert. Ein Abschnitt, der sich damit auseinandersetzte, dass die SPD aufhören solle, die Parteigeschichte der 1970er Jahre unter Willy Brandt zu verherrlichen und stattdessen den Blick in das Hier und Heute zu richten und Lösungen für die Probleme des 21. Jahrhunderts zu finden, wurde Grundlage für eine ausufernde Systemdebatte. Während die einen rauslasen, dass der Marxismus aus unserer Geschichte verbannt werden sollte und sich in ihrer Ehre angegriffen fühlten, waren die anderen der gegenläufigen Ansicht. Diese Debatte ging soweit, dass auf unterster persönlicher Ebene angegriffen wurde, Kompromissvorschläge ohne wirklich darüber nachzudenken abgelehnt wurden und eine der beiden Seiten am Ende den Saal verließ. Vielleicht bin ich die einzige, die aus diesem Antrag keine Grundlage für eine Systemdebatte herauslesen konnte, vielleicht bin ich auch die einzige, die den Antrag nicht richtig verstanden hat, aber ich weiß, dass uns diese unzähligen Systemdebatten auf Dauer nicht weiterbringen. Wir sollten endlich aufhören. uns immer nur mit uns selbst zu beschäftigen, als gäbe es keine anderen Probleme auf dieser Welt, und anfangen, Lösungen für die wahren Probleme unserer Gesellschaft zu finden. Vermutlich wird dieser Wunsch niemals in Erfüllung gehen, aber wenn wir nicht mehr davon träumen würden, warum sollten wir uns dann überhaupt noch engagieren? ■



Ost-West-Geschichten

# 13.8.1961 - Erinnerungen an jene Zeit (Mauerbau in Berlin)

Gerhard Tessin
(siehe auch Seite 13 "Damals im August/Mauerbau")

Jede Zeit hat ihre Geschichte. Die 1950er und 1960er Jahre waren eine besondere Zeit, ergo mit besonderer Geschichte. Die politischen Ereignisse, deren Ursachen 20 oder 30 Jahre davor zu finden waren, bestimmten die Lebensumstände der Menschen. Der 13. August vor fünfzig Jahren ist mir persönlich noch gut in Erinnerung.

Fünf Jahre zuvor hatte meine Familie die DDR verlassen. ebenfalls über West-Berlin. Wir wohnten seit eineinhalb Jahren in Munderkingen in einem Neubaugebiet, von manchen Einheimischen spöttisch "Kongo" genannt, wo schon viele Flüchtlinge und Vertriebene lebten. Bei der "Namensgebung" des Wohngebietes stand wohl die ehemals belgische Kolonie im "wilden" Afrika Pate. Auch einige Bekannte, die mit uns schon 1956 das Lager Kempten durchlaufen hatten, wohnten hier. Die Erweiterung der Siedlung, einst begonnen mit Einzel- und Reihenhäusern, verlief Ende der 1950er Jahre rasant. Die evangelische Kirche wurde gebaut. Es entstanden Wohnblöcke. Der Konsum-Laden deckte den täglichen Bedarf an Lebensmitteln. Getränke konnte man flaschenweise fast in jeder Straße kaufen. Wer einen großen Keller hatte, konnte sich als "Flaschenbierhändler" nebenher etwas verdienen.

Die Bewohner, ob sie schon Jahre hier wohnten oder erst seit kurzem, vereinte eins: Sie hatten als Folge des Krieges ihre Heimat verlassen (müssen). Waren sie für die Einheimischen pauschal die "Reingeschmeckten", unterschieden

sie sich doch untereinander durch ihre Herkunft, und damit auch kulturell. Sie stammten aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, aus dem Sudetenland, Bessarabien. Und, wie ich fand, relativ viele aus früheren deutschen Siedlungsgebieten im damaligen Jugoslawien und in Ungarn. Schließlich noch die Gruppe, die vor dem Mauerbau immer mehr zunahm, die Sowjetzonenflüchtlinge (die Abkürzung DDR wurde damals kaum verwendet, geschrieben meist nur in Anführungsstrichen). Bei dem Kontakt mit den unterschiedlichen Dialekten bzw. dem Hochdeutschen habe ich mein in Obermarchtal erworbenes Schwäbisch wieder abgelegt. Um Arbeitsplätze mussten sich die Neuankömmlinge kaum Sorgen machen. Die dortigen Betriebe — sie produzierten Kugellager, Borsten, Metall- und Textilwaren — suchten Arbeitskräfte.

Der 13. August 1961, ein Sonntag, war ein besonderer Tag. Mein Vater saß immer wieder vor dem Radio. Einen Fernseher hatten wir damals noch nicht. Er erzählte mir, was er hörte und was es bedeutete. Sie, die "Schurken" hätten es tatsächlich gewagt und Berlin abgeriegelt. Draußen auf der Straße standen Menschengruppen und diskutierten; aus geöffneten Fenstern kamen Zurufe. Ein Nachbar in unserem Block, ein Ostberliner, kämpfte mit den Tränen und schimpfte immer wieder auf den Spitzbart Ulbricht. Man vernahm Gesprächsfetzen. Von Kriegsgefahr war zu hören, von Brandt, Adenauer, der SED, von den Amerikanern und den Russen. Die Leute hatten Angst, was noch geschehen würde. Den Zweiten Weltkrieg hatten die meisten miterlebt, nicht wenige sogar noch den Ersten. Und dieser Tag und die folgenden sollten einer der "Höhepunkte" im "Kalten Krieg" werden. Aus den Gesprächen war einerseits die Erleichterung rauszuhören, dass man es selber noch geschafft hat, rauszukommen, andererseits die Sorge um Angehörige und Freunde, die zurückblieben und keine Möglichkeiten mehr hatten auszureisen. Während von Berlin Dramatisches berichtet wurde. bahnten sich auch hier in manchen Familien Tragödien an. Über eine wird noch berichtet werden.

Rückblickend kann man sagen, es war einer der Tage, an dem die Welt, wie des Öfteren



### Fortsetzung von Seite 20

in dieser Zeit, den Atem anhielt. Man lebte mit der — zumindest so empfundenen — Gefahr eines erneuten Krieges, diesmal zwischen den feindlichen Blöcken Ost und West. Gottlob sind diese Zeiten vorbei

Die verstärkten Flüchtlingsströme vor der Abriegelung Berlins verteilten sich im gesamten Bundesgebiet. Auch in der Siedlung mussten weitere Neuankömmlinge untergebracht werden. Ein Block wurde als Übergangslager genutzt. Die Leute wohnten auf engstem Raum. Familien oder Alleinstehende mussten sich zeitweise Wohnungen teilen. Wir Jugendlichen schlossen neue Bekanntschaften, teils nur kurzfristig, weil viele auch wieder wegzogen. Die Familie eines Schulfreundes z.B. wartete auf ihre Ausreisepapiere. Sie wollten nach Kanada auswandern. Mein Freundeskreis repräsentierte die damalige Migration. Ein Staatenloser aus Österreich. Vertriebenenkinder aus dem Sudetenland und dem Banat und natürlich welche, die, so wie ich, aus der "Ostzone" stammten. Einer davon aus Sachsen, dessen Dialekt auch für einen Mecklenburger gewöhnungsbedürftig war. Für seine Familie wurde der 13. August zum Schicksalstag. Mit seinem Vater floh er kurz zuvor nach Westberlin. Die Mutter sollte wenig später nachkommen. Doch dann war die Grenze abgeriegelt. Der ältere Bruder wurde beim Fluchtversuch festgenommen und zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Die Mutter durfte erst viel später im Zuge einer Familienzusammenführung ausreisen, der Bruder musste dort bleiben.

Mit den Jahren entspannte

sich die Wohnsituation im "Kongo". Wie anderswo auch bauten sich viele Flüchtlinge Häuser mit viel Eigenleistung und Hilfe von Verwandten und Nachbarn, denen auf diese Weise ebenso geholfen wurde. Die örtlichen Baugeschäfte störte das nicht, sie hatten anderweitig genug zu tun. Sie halfen sogar bei der Materialbeschaffung und stellten Geräte und Maschinen zur Verfügung, wenn ihre Mitarbeiter dafür bei der Stange blieben.

Das Wirtschaftswunder ging weiter. Mit den politischen Verhältnissen arrangierte man sich, und mit der Zeit wagten es die neuen Bundesbürger zunehmend, zu einem Besuch in ihre Heimat zu reisen sofern es die DDR-Behörden erlaubten. Meine Eltern und eine meiner Schwestern taten es nach Jahren auch, immer jeweils alleine. Ohne mindestens kleine Schikanen ging es nie ab. Die Schwester machte den Anfang, etwa 1962/63. Antragstellung, Aufenthaltsgenehmigung nur für einen bestimmten Kreis, Interzonenzug, Pass- und Gepäckkontrollen, das übliche eben. Auf der Rückfahrt wurde sie besonders gefilzt. Der Kofferinhalt von unten nach oben gekehrt. Und dann der Schock. Sie hatte ein Bild mit Rahmen mitgenommen, das unsere Verwandten, bei denen sie während ihres Aufenthalts wohnte, aufbewahrt hatten. Das Bild zeigte ihren Vater (den ersten Mann meiner Mutter, der im Krieg gefallen war) in Wehrmachtsuniform. Es wurde ihr abgenommen.

Ich machte auch meine "Grenzerfahrungen". Beim ersten Mal 1965: Abschlussfahrt der Berufsschule nach Berlin. Wochen vorher mussten die Anträge mit den Personalien jedes Teilnehmers abgegeben werden. Bei der Kontrolle im Bus vor der Einreise nach Westberlin wurde jeder einzelne abgehakt. Dann kam ich dran. Der Vopo blickte in seine Liste. "Heißt Ihre Schwester Christa Schuldt (sie trug den Namen ihres Vaters)?". Ich war baff, meine Mitreisenden ebenso. Der Mann wollte wohl demonstrieren: Wir wissen alles! Er gab sich dann jovial. Angst war es nicht bei mir, meinte er, nur ein bisschen ängstlich sei ich gewesen.

Bei späteren Begegnungen mit dieser Sorte Mensch hatte ich dann immer ein bisschen Schiss und viel Zorn. Als ich Anfang der 1970er in Westberlin wohnte, reiste ich meistens mit dem Flugzeug zu Besuch nach Hause. Als "westdeutscher Gastarbeiter" durfte man das mit Gutschein viermal im Jahr. Gegen Ende meiner dortigen Zeit fuhr ich die Transitstrecke auch mit dem Auto (noch vor dem Transitabkommen). Aber nie ohne Zwischenfälle. Beim ersten Mal - Gründonnerstag 1971 schon am Berliner Kontrollpunkt Dreilinden/Drewitz stundenlange Wartezeit, dann die ätzende Fahrzeugkontrolle. Das Gleiche nach 3-4 Stunden Fahrt vor der Ausreise. Bei der nächsten Fahrt hatte ich angeblich auf der Transitautobahn zweimal das Tempolimit überschritten und musste blechen. Westmark selbstverständlich, wenn auch nicht viel. Später machte ich dann doch noch meinen Frieden mit der Volkspolizei. Ich hatte meine Berliner Zeit beendet, fuhr mit meinen ganzen Habseligkeiten, also vollem PKW, heimwärts Richtung Westdeutschland. Nach der letzten



### ■■■ Fortsetzung von Seite 21

Grenzkontrolle Hirschberg/Rudolphstein passierte es: Mein Motor sprang nicht mehr an. Anlasser kaputt. Der Grenzer forderte mich auf, einzusteigen und schob mich an. "Zweiter Gang rein und die Kupplung kommen lassen", rief er. Es klappte. Ich sah im Rückspiegel, wie er keuchte und hob dankend den Arm, er winkte ebenfalls kurz. So wurde ich buchstäblich aus der DDR hinausgeschoben.

Während meiner Berliner Zeit war die Mauer kaum noch ein Thema, es sei denn, man wohnte in ihrer Nähe. Die Westberliner hatten sich mittlerweile an das Leben mit der Mauer gewöhnt. Für Touristen war das Bauwerk natürlich die erste Adresse. Als Bürger mit BRD-Pass hätte ich theoretisch jeden Tag nach Ostberlin rübergehen oder -fahren können. Gegen Gebühr, versteht sich (Zwangsumtausch). Ich machte von dieser Möglichkeit jedoch keinen Gebrauch. Im Zuge der Entspannungspolitik wurden auch für die Berliner die Reisebeschränkungen gelockert.

Im Munderkinger "Kongo" ging das Leben weiter. In den späteren 60er Jahren dehnte sich die Siedlung immer mehr aus. Ein weiterer Lebensmittelladen und eine Gaststätte siedelten sich an, letztere zum Leidwesen mancher Hausfrau, die sonntags zum Mittagessen auf den Mann wartete. Zunehmend bauten auch immer mehr Einheimische dort ihre Häuser, und im Laufe der Zeit vermischten sich die Bevölkerungsgruppen.

#### Noch eine Anmerkung

Dass die Vertriebenen und Flüchtlinge von den Einheimischen nicht herzlich empfangen wurden, liegt wohl in der Natur des Menschen. Oft genug schlug ihnen aber Ablehnung, sogar Feindseligkeit entgegen. Dabei hatten sie ungleich mehr unter den Folgen des Krieges zu leiden als diejenigen, die das Glück hatten, bei Kriegsende auf der richtigen Seite der Landkarte zu leben. Die Bevölkerung des Ostens musste quasi stellvertretend für die Folgen der Überfälle auf die Nachbarn, die Sowjetunion und die Balkanländer büßen: mit Vergewaltigungen, Deportationen, Flucht und Vertreibung. Die Opfer der deutschen Zivilbevölkerung östlich von Oder und Neiße: 1550000 Tote oder

Verschollene, die als tot gelten. Dazu 1 Million Volksdeutsche aus der UdSSR, Polen, der Tschechoslowakei und den Balkanländern.

Und dann gab es noch das hartnäckige Vorurteil, den Flüchtlingen würde man alles in den Rachen schmeißen. Tatsache ist, dass das Lastenausgleichgesetz von 1952 für alle Bürger galt. Es regelte die möglichst gleichmäßige Verteilung der Kriegs- und Kriegsfolgeschäden auf die Bevölkerung. Materiell nicht Geschädigte mussten deshalb eine Abgabe an den Lastenausgleichsfonds richten, aus dem dann Ausgleichszahlungen an Geschädigte geleistet wurden. Das waren nun mal hauptsächlich die Vertriebenen und Flüchtlinge. Aber eben auch Einheimische.

Ähnliche Abwehrhaltungen gegenüber Flüchtlingen waren nochmals 1989/90 in der Wendezeit zu erkennen, als viele DDR-Bürger in den Westen übersiedelten. Erstaunlicherweise auch bei denen, die 30 Jahre zuvor denselben Weg beschritten hatten.

### Erinnerungen eines "Immer-schon-Hiesigen"

Ludwig Dorner

Wie Gerhard Tessin es beschreibt, habe ich es nach 1950 auch erlebt - nur von der anderen Seite. Bei Vielem, was man nicht kannte und erst allmählich in den Läden sah, hieß es bei mir zu Hause: "So was esset bloß d'Flichtling'." Das waren zum Beispiel Sauerteigbrot, Paprika, Kürbis, Melonen, Mais, Salami. Und natürlich sprachen "die alle" auch so "komisch".

Zucchini, Auberginen, Artischocken, Oliven samt -öl und viele Südfrüchte kannten wir natürlich alles damals auch noch nicht. Meinen ersten Joghurt probierte ich mit 14 bei der Tante in der Schweiz, meine erste Pizza mit 16 bei einer französischen (!) Familie. Als ich mal anfangs der 1970er (!) mit jugendlichen Vettern und Basen in Ehingen griechisch essen ging, hatten sie alle vorsichtshalber zu Hause erst noch kräftig "altschwäbisch" gevespert, wie sie mir später gestanden. Man weiß ja nie ... (Manch gutbürgerliches einheimisches Speiselokal traut sich bis heute nicht recht, Reis als Beilage zum Abo-Essen anzubieten.) Dennoch, die Migranten, warum auch immer sie kamen, waren letztlich eine Bereicherung.

Wieder zu den damaligen "Flüchtlingen" zurück: Weil ihnen (angeblich!) das Geld von Staats wegen nur so hintenreingeschoben wurde, konnten sich diese auch als erste und einzige ein Auto leisten (angeblich!!!). Und so nannte man den Kleinstwagen Lloyd, eine Art früher West-Trabi, höhnisch auch "Leukoplastbomber" oder, schlimmer noch, "Flüchtlingsporsche". Oh du Neid - vor allem, wenn er auch noch so was von unberechtigt ist. ■



### Die Erinnerung an den amerikanischen Bürgerkrieg ist in den USA sehr aktuell

Von unserer Leserin Carol Latschar-Keßler (angeregt durch den Beitrag "Damals im Juli" im letzten Roten Füchsle)

Der National Park Service hat viele Veranstaltungen zur Erinnerung an den Anfang im Jahre 1861 organisiert. Mein Bruder, viele Jahre Leiter des Gettysburg National Battlefield, war am Herausbringen des offiziellen Handbuchs des Park Service beteiligt. Im Vorwort werden interessante Fragen gestellt. Ich finde sie nicht nur für die USA von Bedeutung. Hier ein Versuch, sie zu übersetzen.

Wird die Politik der Exklusion (Basis der Debatte über die Sklaverei) immer noch angewendet? 1848 fragte Senator James Hammond von South Carolina: "War je ein Volk, zivilisiert oder unzivilisiert, mit Argumenten, menschlich oder göttlich, überzeugt worden, freiwillig zwei Milliarden Dollar (hier Menschen als Eigentum) aufzugeben?" Die Antwort zu der Zeit war Nein. Hat sich diese Antwort in der Zwischenzeit geändert?

Die Bibel wurde von beiden Seiten der Sklavenhaltungsfrage herangezogen, um ihre

Argumente zu untermauern. Wird nicht das heute gleich gemacht, um irgendeine politische Einstellung zu unterstützen oder ihr zu entgegnen?

Zu Anfang des [amerikanischen Bürgerkriegs glaubten beide Seiten, es würde alles ganz schnell vorbei sein. Eine einzige Schlacht würde die Verantwortlichen zur Räson bringen. Hat nicht diese Generation – wie andere – lernen müssen, dass Krieg, einmal angefangen, schwierig zu beherrschen ist, eine Tendenz hat, außer Kontrolle zu

geraten und nicht logisch geführt werden kann — d. h. sich immer anders entwickelt als erwartet?

Ist Lincolns Appell (1863) zu einer "Wiedergeburt der Freiheit" immer noch aktuell?

Vielleicht am wichtigsten damals wie heute – ist das Verständnis, dass in einer demokratischen Republik die Bürger zu Hause unmittelbar verantwortlich dafür sind, was auf den Schlachtfeldern passiert.

### Iranreise (Teil II)

Almut Pfeiffer

Ich hatte so meine eigenen Vorstellungen über dieses Land und die Menschen dort. Diese Vorstellungen waren geprägt durch das, was in den Medien vermittelt wird, es sei also ein rückständiges Land, vielleicht mit dem Jemen zu vergleichen. Die Frauen dort traten nur in Gruppen auf, waren häufig total verschleiert und schauten auf den Boden oder drehten sich weg, wenn ein männliches Wesen im auf. Ich war verunsichert, als Anzug war. Da der Iran bei uns als ein sehr konservatives Land gilt, stellte ich mir die Frauen. von der Sittenpolizei verfolgt, als eingeschüchterte Wesen

**SPD** 

vor. Das Kamel oder der Esel seien das Transportmittel schlechthin. Und überall gebe es Polizei und Militär.

Auch die anderen in der Reisegruppe hatten diese Einstellungen. Zu unserer großen Überraschung erlebten wir ein total anderes Land.

Zunächst fiel mir die überaus freundliche Art der Menschen die erste Frau mich gleich auf Englisch ansprach. Mein erster Reflex war, was will sie von mir, vielleicht was verkaufen oder mich anbetteln? Ich

merkte aber schnell, dass sie nur wissen wollte, woher wir kommen, wie unsere Reiseroute aussieht und, und, und. Die Frauen beim ersten Frühstück im Hotel waren teilweise sehr elegant gekleidet, natürlich mit Kopftuch, aber mit welcher Art von Kopftuch, aber Hallo, tolle Farben und Muster. Die Kleidung war häufig nicht in dem schwarzen Schador, sondern im Rahmen der Schicklichkeit als absolut westlich zu bezeichnen. Sie lachten, waren fröhlich und unterhielten sich sogar mit Männern, (das wäre im Jemen völlig undenkbar gewesen)!!! ■



Stuttgart 21

### Mein Stress mit dem Stresstest

Ludwig Dorner

's Rote Füchsle hat bisher ziemlich streng darauf geachtet, Gegner wie Befürworter von S 21 gleichermaßen zu Wort kommen zu lassen — ungeachtet persönlicher Einstellungen. Dies soll auch weiterhin gelten. — Leider muss ich jetzt ein wenig "angeben", um meine nachstehenden Äußerungen zu untermauern. Ich habe meine berufsbegleitende "Computerlaufbahn" in den frühen 1980-er Jahren begonnen. Ich war maßgeblich und federführend beteiligt, dass der Computer an meinem Arbeitsplatz sehr früh Einzug hielt — und zwar als Lern- und Übungsgerät für Lernende und als Arbeitsgerät für uns Lehrende. Ich habe — bald zusammen mit zwei weiteren Kollegen — spezielle schulbezogene Lernsoftware selbst entwickelt und in der alltäglichen Praxis eingesetzt, über viele Jahre hinweg. Sie wurde nicht nur an der eigenen Schule, sondern bundesweit erfolgreich verwendet. Und schließlich habe ich dies durch ein berufsbegleitendes Zusatzstudium an der Pädagogischen Hochschule Weingarten "gekrönt". Bis zuletzt war ITG (informationstechnische Grundbildung) einer meiner beruflichen Schwerpunkte — bis heute und also über meine Versetzung in den Ruhestand hinaus.

ch habe mich jahrelang anfangs mit verschiedenen Varianten von Basic, später vor allem mit Excel, dessen Formeln und Makros und untereinander vieltausendfach verknüpften "Arbeitsmappen" abgemüht. Aber auch 's Rote Füchsle entsteht von Anbeginn, also seit bald 20 Jahren, ausschließlich am Bildschirm.

urz, ich habe rund drei Jahrzehnte Computer- und Programmiererfahrung gesammelt. Ich habe Schüler- und KollegInnen fortgebildet, Begabtenförderung betrieben — und Vieles davon bis zuletzt. Ich weiß natürlich längst noch nicht alles in der Materie, aber doch etwas mehr als Nix.

nd daher weiß ich auch, dass ich mich noch so sehr und über Jahre anstrengen kann — und ich tat es wirklich, weil es nicht zuletzt für mich selbst war! — dass immer wieder Fehler und Unzulänglichkeiten auftreten, die erst allmählich in der (eigenen) Anwenderpraxis behoben und nachgebessert werden können. So werden Programme zwar immer besser, aber zu 100 Prozent perfekt sind

sie lange nicht — oder nie!

Wer jetzt glaubt, das seien halt Eingeständnisse eines kleinen Lehrers und Halb- oder Dreiviertels-Dilettanten, mag ja völlig Recht haben.

ber läuft es bei weltweit operierenden Software-Giganten so gänzlich anders, die Tausende von Spezialisten beschäftigen und doch an ihrer Software dauernd nachbessern müssen — über Jahre hinweg und ohne jedes absehbare Ende? Alle vier Wochen ist Update-Tag, und immer wieder müssen Service-Packs runtergeladen und installiert werden.

### Wer mit Computern zu tun hat, kennt das zur Genüge.

arum erzähle ich das? Innerhalb eines halben Jahres sollen Bahn und eine in Fachkreisen bekannte Firma eine Software entwickeln, mit allen erforderlichen millionenfachen (!) Daten speisen und dann ausrechnen lassen, ob ein unterirdischer Bahnhof leistungsfähiger als ein optimierter (???) Kopfbahnhof sein soll.

Ch kann mir beim besten
Willen aufgrund meiner eigenen jahrzehntelangen Erfahrungen und Kenntnisse nicht vorstellen, dass diese Prüfung wesentlich mehr als oberflächlich sein kann. Ich bezweifle zunächst mal weder guten Willen noch Sachverstand der Zuständigen, aber ich bezweifle massiv, dass dies in so kurzer Zeit in all seiner Komplexität einigermaßen fehlerfrei durchgerechnet und durchsimuliert werden kann. Da hängt so viel das eine vom anderen ab ...

So kann beim besten Willen in so kurzer Zeit kaum wirklich <u>stimmig</u> etwas begründet werden! Das muss oberflächlich bleiben - ist's so gewollt?

ch argumentiere hiermit weiterhin keineswegs grundsätzlich für oder gegen das Projekt S21.

ir wird aber schwindlig, auf welcher Grundlage da eigentlich diskutiert, scheinbar "informiert" und letztlich — von wem auch immer — entschieden wird.



"Was gut funktioniert im Land, das werden wir doch nicht kaputt machen."

### Unsere Kultusministerin zeigt neuen Politikstil und zähmt die Löwen

Dieter Volgnandt

Bis auf den letzten Platz war der kleine Saal der Lindenhalle mit der zahlreich vertretenen nationalen, regionalen und lokalen Prominenz

aus Politik und Bildung besetzt; aber auch Eltern, Elternbeiräte, Schüler, Auszubildende sowie Lehrer aller Sekundarstufen und Schularten waren gekommen, um sich ein Bild von der neuen Kultusministerin zu machen. Die steht damit einer Behörde vor, die seit 1953 als die ureigenste Domäne der CDU und der konservativen Gestaltungskraft in unserem Ländle galt.

Geradezu zum Greifen spürbar machte sich somit auch die oft unverhohlen geäußerte Skepsis und Ablehnung bemerkbar, mit der Gabriele Warminski-Leitheußer erwartet wurde. Denn nach dieser kleinen, das Land so nachhaltig erschütternden März-Revolution von diesem Jahr fürchteten alle irgendwie um alles und schienen bereit, trotzig um alles zu kämpfen, vor allem aber um ihre bisher so sorgsam gehegten Heiligen Kühe, weswegen der Besuch im konservativen Ehingen fast schon einem Gang in die Löwengrube gleichkam, wo die Gralshüter des alten Systems schon mit den Zähnen fletschten.

Es geht um die Zukunft des dreigliedrigen Schulsystems, gerungen wird um die hehre Stellung des Gymnasiums und um die Trennung von Hauptund Realschulen. Es geht um die Grundschulempfehlung und um die damit verbundene Selektion der Kinder nach dem vierten Grundschuljahr, es geht den einen um die Beibehaltung von G8 und um die Wiedereinführung von G9 den anderen und gekämpft wird sowohl um die zügige Umsetzung der Inklusion sowie auch um ihre Verhinderung. Ebenso wollte auch die Liste der an die Ministerin herangetragenen

Wünsche nicht enden: die Forderungen nach besserer Bezahlung der Erzieher und nach strikter Einhaltung der Konnexität mögen hier nur als Beispiele von vielen genügen.

Heilige Kühe müssen aber irgendwann einmal, wenn nicht gerade sofort geschlachtet, so doch als anachronistisch und Muster ohne weiteren Weg entlarvt werden, will man den Stillstand in der Bildungspolitik nicht verhindern und damit die Zukunftsfähigkeit des Landes nicht verspielen. Auch diese Stimmung war im Saal zu verspüren. Gabriele Warminski-Leitheußer brachte es auf den Punkt: "Das ganze Land hat darauf gewartet, dass sich in der Bildungspolitik Bewegung zeigt."

Und wie sie sich diese Bewegung künftig vorstellt und wohin sie führen soll, hat sie auch gleich auf den Punkt gebracht:

Erstens Pragmatik statt Ideologie - und das demonstrierte sie in dieser Veranstaltung mit souveräner Gelassenheit. Dabei setzt sie auf die Initiative von unten und das Gespräch und beendet damit vorerst einmal die Politik der Dekrete und Erlasse. Schulen und Schulträger vor Ort sollen künftig selbst entscheiden und umsetzen, wie sie sich ihre Schule künftig

vorstellen wollen: Ob als Gemeinschaftsschule oder ob weiterhin dreigliedrig getrennt verfahren werden soll. Für Warminski-Leitheußer heißt dies "Förderung der kommunalen Kreativität", für die das Kultusministerium den Rahmen geben wird.

Zweitens Einbeziehung und Bündelung aller vorhandenen Ressourcen. Mit Hilfe aller Beteiligten soll das Bildungssystem insgesamt - und damit ist der Fokus auf alle Bereiche von der Krippe, der Kindertagesstätte bis hin zum dualen System beruflicher Ausbildung gemeint - so ertüchtigt werden, dass unser Bildungssystem nachwachsenden Generationen das nötige Rüstzeug für die Herausforderungen der globalen Wettbewerbsgesellschaft bieten kann. Gemeint ist die Hinführung zum lebenslangen Lernen, die nur der meistern kann, der die dafür notwendigen Grundlagen bekommen hat. Dabei will die Ministerin behutsam vorgehen und auf keinen Fall Tabula rasa machen, sondern Bewährtes und Gutes durchaus erhalten: "Was gut funktioniert im Land, das werden wir doch nicht kaputt machen." Und: "Wir haben gute Ergebnisse in der Spitze. Eines steht aber auch fest: Wir könnten noch besser sein, denn



### ■■■ Fortsetzung von Seite 25

August 2011

im internationalen Vergleich sind wir nur Mittelmaß."

Doch eine Heilige Kuh hat sie dann doch schon geschlachtet und: Die sogenannte Grundschulempfehlung wird es künftig nicht mehr geben. "Wir können und dürfen die allgemein akzeptierten Erkenntnisse der Lern- und Entwicklungsforschung nicht weiter ignorieren", begründet sie ihre Maßnahmen und bleibt dabei, auch nach Protesten und Zwischenfragen aus dem Saal, betont dabei auch wiederholt, dass es ihr um die Erhöhung der Bildungserfolge gehe und keinesfalls um ideologische Grabenkämpfe. Natürlich solle

es auch weiterhin Beratung seitens der Lehrer geben, dass "aber die Eltern das letzte Entscheidungsrecht erhalten", begründet sie neben dem Verweis auf Lern- und Hirnforschung auch verfassungsrechtlich und mit dem persönlichen Beispiel: Sie selbst entstamme einem Arbeiterhaushalt und habe keine Empfehlung für das Gymnasium bekommen.

Bis auf den Fragesteller, der ihr das Recht auf die Generalisierung persönlicher Erfahrungen absprechen wollte, womit er sich streng genommen auch gleich selbst ein Denkverbot auferlegte, leitete die Ministerin mit dem schwer zu memorierenden Sechssilber im Namen damit eine Stimmungswende im Saal ein. Dass sie einer guten alten SPD-Tradition zufolge sogar einem Migrationshintergrund entstammt und gleichzeitig zeigte, dass sie diesen Hintergrund vorwärts gewandt einzusetzen versteht, indem sie zuerst auf den Dialog zur Suche der überzeugenden Argumente und Ideen statt scheuklappenmäßig auf bornierte Ideologien und Stereotype zu setzen, überzeugte Skeptiker und ewige Nörgler gleichermaßen. Wahrlich, da hat eine den Löwen mit ihrer netten, verbindlichen Art die Zähne gezogen.



### Kultusministerin in Ehingen

Bild links: Die Ortsvereinsvorsitzende Klärle Dorner begrüßt. Bild rechts: Selten bei uns! Ein voller Saal.

> Alle Fotos zum Beitrag: LD



### Tag der offenen Tür beim Landratsamt

Am 10. Juli lud das Landratsamt Alb-Donau-Kreis zum Tag der Offenen Tür. Die Öffentlichkeit sollte sehen, was alles an Drum und Dran im Amt und auch im Landkreis ist. Das ist zu loben. Im Rahmen der demokratischen Teilung der Machtverhältnisse im Staat fallen dem Landkreis, dem Kreistag und der Verwaltung eine ganze Reihe wichtiger Aufgaben zu. Als einige Stichworte seien genannt: Rechtsaufsicht über Städte und Gemeinden, Verwaltung der Kreissstraßen (Bau, Pflege, Winterdienst), Krankenhäuser, Berufsschulen, Abfallbeseitigung usw. Das sind durchaus Dinge, die uns alle betreffen (können).

Sogar im SWR-Fernsehen wurde am Abend des 10.7. gemeldet, dass ab jetzt die Stadt Ulm und der Alb-Donau-Kreis eine GEMEINSAME Kfz-Zulassungsstelle im Landratsamt eingerichtet hätten. Landrat Heinz Seiffert (CDU) und OB Ivo Gönner (SPD) unterzeichneten dafür publikumswirksam eine Urkunde. Schön und gut — das muss man <u>auch</u> loben. Aber sind das nicht Kinkerlitzchen, mit einigem Aufwand dem staunenden Pulikum präsentiert? Ja, gewiss! Und doch ist das gemeinsame Auto-Amt ein kleines Wunder. Das Landratsamt steht nämlich auf Ulmer Territorium, also sozusagen im "Ausland". Und das führte schon immer mal zu Reibereien und Eifersüchteleien zwischen Stadt Ulm hier und Alb-Donau-Kreis da. Die Parkplätze ums Landratsamt sind Ulmer Gebiet, und Ulms Politessen seien angewiesen, Landratsamts-Besucher extra penibel mit Strafzetteln zu bedenken, wenn sie irgendwie beim Parken was falsch machen. Und auch die Kontakte zwischen der einen und der anderen Seite der Verwaltungsbeamten und -angestellten seien nicht immer die besten (gewesen). Schön, wenn man jetzt sein Auto "grenzüberschreitend" zulassen oder abmelden kann. Vielleicht ist auch das ein wichtiger Schritt zur Behebung wenigstens kleinerer weltweiter Probleme an Kommunikation und Zwischenmenschlichkeit. Im Kleinen anfangen, und vor der eigenen Haustür kehren. Das ist ein durchaus erfreuliches Zeichen. Insofern gerne: Glückwunsch!



# Hilde Mattheis MdB schreibt uns zu Beginn der Sommerpause:

10. Juli 2011

### Liebe Genossinnen und Genossen.

die letzten beiden Sitzungswochen waren sehr hektisch und arbeitsintensiv. Jetzt geht es in die Sommerpause, und ich freue mich auf meine Sommertour im Wahlkreis. Die Einladung an euch und die Übersicht über das Programm der Sommertour habe ich euch schon zugeschickt.

Ich bin sehr froh, dass die SPD-Bundestagsfraktion am letzten Dienstag meinen Vorschlag für eine Reform der Pflegeversicherung verabschiedet hat. Pflege wird im Hinblick auf 2013 ein wichtiges Thema sein. Seit Januar dieses Jahres habe ich daran gearbeitet und mich in vielen Fachrunden mit VertreterInnen von Pflegekassen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und anderen im Bereich Pflege Tätigen ausgetauscht. Das von mir vorgelegte Orientierungspapier wird durch eine Musterpresseerklärung und einen Einladungsentwurf ergänzt und für die Diskussion zur Verfügung gestellt. Im Herbst werde ich dazu auch im Wahlkreis eine Veranstaltung machen.

Im Mittelpunkt der Plenardebatte der letzten Sitzungswoche stand die Diskussion um Präimplantationsdiagnostik (PID). Nach zahllosen Diskussionen dazu hat der Bundestag in einer vierstündigen Debatte am Donnerstag über die drei vorliegenden Anträge diskutiert. Ich habe den Antrag meines Kollegen René Röspel zur begrenzten Zulassung der

PID mitgetragen.

Für mich war klar: Der Zulassung von PID kann ich nur zustimmen, wenn eine Bewertung des Embryos dadurch verhindert wird, d.h. es keine Entscheidung über lebenswertes Leben gibt. In unserem Entwurf geht es ausschließlich darum, ob ein Embryo lebensfähig ist. PID sollte nur dann zugelassen sein, wenn bei den Eltern eine genetische Erkrankung vorliegt, die unweigerlich zur Fehl- oder Totgeburt oder zum Tod kurz nach der Geburt führt. Nur bei dieser genetischen Vorbedingung hätte ich einer Zulassung von PID meine Stimme gegeben.

Wie ihr wisst, ist unser Antrag nicht durchgekommen. Stattdessen hat der Entwurf von Cornelia Flach (FDP) und anderen die erforderliche Mehrheit erreicht. Diesen Antrag konnte ich in der Schlussabstimmung nicht mittragen, weil er die Bedingungen für die Freigabe von PID nicht hinreichend eingrenzt. PID ist künftig möglich, um das Risiko einer Fehl- oder Totgeburt zu vermeiden - ohne jedoch, dass die Eltern eine Erbkrankheit haben müssen. Diese Offnung geht mir zu weit.

Am Freitag hat der Bundestag schließlich über die Panzerverkäufe an Saudi-Arabien diskutiert. Der Bundessicherheitsrat hat diesen Panzerverkäufen zugestimmt. Die Koalitionsfraktionen sehen darin offensichtlich kein Problem. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel ergriff - trotz der Aufforderung aus dem Parlament - nicht das Wort. Die

SPD-Fraktion hat einen Antrag vorgelegt, um die erteilte Genehmigung zu widerrufen. Ich halte es für richtig, dass der Bundestag sich mit diesen Fragen befasst. Und ich bleibe dabei: Rüstungsexporte müssen grundsätzlich unter Parlamentsvorbehalt gestellt werden. Nur wenn der Bundestag solchen Exporten zustimmen muss, kann auch die nötige Transparenz hergestellt werden. Bei meiner Veranstaltung in Ulm mit Heidi Wieczorek-Zeul vor einigen Wochen wurde dies ja bereits thematisiert. (\*)

Ich stelle euch gern Unterlagen zum Thema Steuern zur Verfügung. Nach der Sommerpause wird das Steuerkonzept der SPD diskutiert werden. Als Sprecherin der AG Verteilungsgerechtigkeit hatte ich dazu vor 2 Wochen zu einer Veranstaltung eingeladen. Die klare Botschaft ist: Wer mehr Gerechtigkeit will, muss für einen starken Staat eintreten und für mehr Verteilungsgerechtigkeit, insbesondere bei der Primärverteilung (Lohnzuwächse), sorgen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich, euch bei dem einen oder anderen Sommerfest zu sehen oder mich mit euch bei der einen oder anderen Veranstaltung austauschen können.

Einen erholsamen Sommer und gute Erholung!

Mit solidarischen Grüßen Eure Hilde Mattheis

\* Auf Wunsch stellt Hilde Mattheis ihre Pressemitteilung und ein Grundlagenpapier zu Waffenexporten zur Verfügung. ■





## Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

### **Dienstag**s-Treff

August 2011

Öffentliche Veranstaltung

2.

Schwert Ehingen

20.00 Uhr

### Hilde Mattheis MdB: Eckpunkte der Pflegeversicherung der SPD

- Aktuelles aus Berlin
- siehe Hauptthema
- Aktuelles: Gemeinderat Ehingen
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff: 6. September 2011 Gaststätte Schwert

### (L)eserpost

Liebes Rotes-Füchsle-Team, danke, dass ihr mich gleich nach meiner Wahl in den Landtag in euren "Rotes-Füchsle"-Verteiler aufgenommen habt. Ihr habt wirklich eine tolle Ortsvereinszeitung, in der – wie man sieht – viel Arbeit steckt.

Hans-Peter Storz MdL Landtagsabgeordneter im Wahlkreis Singen-Stockach

### Gut, dass es bald darauf die SPD gab

"1860 (...) trat Heinrich Schatz bei seinem Vater in die Lehre ein. Mit seinen 13 1/2 Jahren arbeitete auch er von morgens um 5 Uhr - im Winter musste er bereits um 1/2 5 Uhr die Werkstatt heizen - bis mittags um 12 Uhr und dann wieder von 13 bis 19 Uhr."

Quelle: Werner Heinz, Altdorf-Weingarten 1805-1945; Verlag Wilfried Eppe, Bergatreute, 1990







"Ähret"

(hiesiges Schwäbisch: Erntezeit für Getreide)

von links: Weizenfeld, -ähren, Gerstenfeld (Fotos: LD)